Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Kaden & Comp., Nr. 1268.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altstadt.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 12,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 36,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 25,00 M. Einzelnummer 60 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 4,00 M., Familienanzeigen 3,00 M., die 3gespaltene Reklamezeile 15,00 M. Bei mehrmaliger Ausgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 60 Pf.

Nr. 3 | Dresden, Mittwoch den 4. Januar 1922 | 33. Jahrg.

Deutschland in Cannes

Nichts dürfte bezeichnender sein für die Konferenz von Cannes als die Tatsache, daß Deutschland zwar daran teilnimmt, aber nicht offiziell, sondern nur — inoffiziell. Das ist typisch für die Politik der halben Schritte, über die man bei der Entente noch immer nicht hinausgekommen ist. Als Vertreter Deutschlands geht Dr. Rathenau nach Cannes.

Nach einer Pariser Meldung sollte Dr. Rathenau mitgeteilt haben, daß er dem Obersten Rat einen neuen Plan für die Reparationen vorlegen werde, „der eine jährliche Zahlung von anderthalb Milliarden Goldmark in Waren vorsieht. Dieser Plan könne aber erst nach drei Jahren in Wirksamkeit treten. Bis dahin müsse Deutschland ein Moratorium gewährt werden."

Wir halten es für sehr unwahrscheinlich, daß Rathenau aus seiner bisherigen Reserve herausgetreten ist und möchten diese Meldung von vornherein als erfunden bezeichnen.

Trotz der Gespanntheit der englisch-französischen Beziehungen hofft Briand anscheinend noch auf ein Verteidigungsbündnis beider Länder. So erklärte Briand einem Pressevertreter der Daily Mail:

Die Sicherheit Frankreichs sei der Schlüssel der Gesamtlage. Ein Bündnisvertrag zwischen England und Frankreich würde die beste Grundlage für den Wiederaufbau Europas sein.

Wir haben bereits gestern darauf hingewiesen, daß das Verhalten Frankreichs in Washington nur in Verbindung mit der bevorstehenden Konferenz in Cannes zu erklären ist.

Auch sonst widersetzt sich Frankreich allen Maßnahmen, die die europäische Lage erleichtern könnten, wie z. B. die Anerkennung der Sowjetregierung: Bevor die Reparationsfrage nicht zur Zufriedenheit Frankreichs erledigt sei, können mit größeren Plänen keine Fortschritte gemacht werden.

England dagegen scheint ernstlich gewillt, nicht nur die Reparationsfrage, sondern die gesamten europäischen Probleme aufzurollen. Darauf deutet schon die Anzahl der britischen Vertreter hin.

Paris, 3. Januar. Wie das Journal des Débats aus Cannes erfährt, ist Leon Bourgeois, der französische Vertreter im Völkerbund, in Nizza angekommen.

•

Rathenau und die Reparationen

Dr. Rathenau ist am Donnerstag inoffiziell von Paris, wo er bisher weilte, nach Cannes gereist. Rathenau, der durch sein Verhalten in London und durch seine alten Verbindungen mit englischen Finanzkreisen sich auch innerhalb der englischen Regierung Sympathien erworben hat, wird mit der Konferenz in ständiger Verbindung bleiben und auf Wunsch der Alliierten Auskünfte erteilen. Die Anwesenheit Rathenaus in Cannes ist um so mehr zu begrüßen, als die mündlichen Verhandlungen des Vorsitzenden der deutschen Kriegslastenkommission, Staatssekretärs Fischer, mit der Reparationskommission über die deutschen Rückfragen zu keinem endgültigen Ergebnis führten, uns somit über die Angelegenheit der Januar- und Februarzahlungen vor der Konferenz in Cannes bestimmt das gesamte Reparationsproblem aufgerollt werden wird. Eine schriftliche Beantwortung der Rückfragen der Reparationskommission kommt nicht mehr in Frage, da sich die Reparationskommission mit den Auskünften des Staatssekretärs Fischer zufrieden gegeben hat.

Oesterreich und die Tschecho-Slowakei

Prag, 3. Januar. Im Gefolge der politischen und wirtschaftlichen Vereinbarungen wird zwischen Oesterreich und der Tschecho-Slowakei ein Zusatzvertrag zu dem demnächst in Kraft tretenden Handelsvertrag vereinbart. Hinsichtlich der Vorkriegsschulden hat Oesterreich erreicht, daß alle Prozesse bis Ende des neuen Jahres ruhen und daß inzwischen ein Uebereinkommen über den Ausgleichs dieser Schulden getroffen wird. Das Kohlenübereinkommen erhöht das prämienfreie Quantum auf 800 Waggons böhmischer Kohle. Ferner wurde die Doppelbelastung der Steinkohle, die aus Oberschlesien nach Oesterreich durchgeführt wird, aufgehoben und ein für Oesterreich günstigeres Transitübereinkommen erzielt. Die Kreditvereinbarungen sind genau umschrieben. Der österreichische Kanzler Dr. Schober hat heute Pressevertretern gegenüber festgestellt, daß die politische Garantie der Grenzen Oesterreichs durch die Tschecho-Slowakei den ausländischen Kreditgesuchen zugute kommen werde.

Prag, 3. Januar. Ministerpräsident Dr. Benesch hat seine Reise durch Karpatho-Rußland mit einer Fahrt nach Preßburg beendet, wo er beim Empfang der slowakischen Würdenträger die Meinung aussprach, daß der Kampf mit Ungarn um die slowakischen Rechte jetzt entschieden und für die Slowakei eine lange Periode der Ruhe und Sicherheit gekommen sei. Dr. Benesch trifft Mittwoch wieder in Prag ein. — Die Nachricht von einer Reise des jugoslawischen Ministerpräsidenten Pasitsch nach Wien und Prag wird aus Belgrad dementiert; dagegen wird der bevorstehende Abschluß eines österreichisch-jugoslawischen Vertrages, ähnlich des von Oesterreich mit der Tschecho-Slowakei geschlossenen Schutzvertrages, bestätigt.

•

Eine Konferenz zwischen Dr. Schober und Graf Bethlen

Wien, 4. Januar. Für die nächste Zeit wird hier der ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen zu einer Konferenz mit dem Bundeskanzler Dr. Schober in der Angelegenheit Oedenburgs und des Burgenlandes erwartet. Man glaubt, daß Graf Bethlen bei dieser Gelegenheit mit dem österreichischen Kabinettschef auch eine Reihe von Wirtschaftsfragen erörtern wird, die beide Staaten angehen, und daß es vielleicht zu einer wirtschaftlichen Annäherung zwischen Oesterreich und Ungarn kommen wird.

Englische Neuwahlen im Februar?

Haag, 4. Januar. Der politische Mitarbeiter des Daily Chronicle sagt, daß Lloyd George nach seiner Rückkehr sich über die Lage orientieren werde. Man glaubt, daß er dann zu dem Entschluß kommen werde, dem Könige zu raten, das Parlament aufzulösen. In diesem Falle würden allgemeine Wahlen innerhalb sechs Wochen, sogar Ende Januar stattfinden können. (Es ist noch völlig ungewiß, ob im Februar Neuwahlen angesetzt werden. Das hängt in erster Linie von dem Ausgang der Cannes-Konferenz und von der Lösung der irischen Frage ab. Red. d. Volkszeitung.)

•

Umbildung der Sowjetregierung?

Neuerdings kommen aus Rußland wieder Nachrichten, die von einer Aenderung der Regierungsverhältnisse sprechen. In einer großen Beratung maßgebender Kommunisten, die hauptsächlich dem Außenhandel galt, soll die Besetzung der Ressorts für Finanzen, Außenhandel und Justiz, also der unpolitischen Abteilungen, durch Parteilose beschlossen worden sein. Die Meldung klingt nicht ganz unwahrscheinlich! Weiß man doch, daß die Förderung des Außenhandels den Sowjets große Kopfschmerzen macht, und die Umbildung der Regierung nicht die erste Konzession wäre, die die Sowjetmänner machen würden, um den Außenhandel wieder in geordnete Bahnen zu bringen. Die Einbeziehung der Parteilosen in die Regierung würde naturgemäß gewisse Gefahren mit sich bringen, trotzdem gerade die Parteilosen als Nichtanhänger des Kommunismus den Sowjets gegenüber sich äußerst loyal verhalten haben. Es ist ganz klar, daß, sobald eine Partei Regierungsmacht erlangt, sie diese Macht ausnutzt. Daß die russischen Parteilosen anders geartet wären, ist nicht anzunehmen. Unter Berücksichtigung dieser Gefahren, also der Verringerung der Sowjetmacht, muß man der Meldung über die Umbildung der russischen Regierung in gewissem Sinne zurückhaltend gegenüberstehen, denn nur die äußerste Not wird die Sowjets veranlassen, die in ihrem Besitz befindlichen Positionen aufzugeben. Leider gestatten die Mitteilungen über russische Verhältnisse kein einwandfreies Urteil über die Situation in Rußland. Immerhin aber kann man mit Sicherheit annehmen, daß die Wiederherstellung des Außenhandels eine Existenzfrage Rußlands ist. Insofern wird vielleicht die Umbildung der Sowjetregierung auf dem Wege der Einbeziehung der Parteilosen, die in Rußland großen Anhang haben, durch einen Druck von außen erfolgen. Es ist nicht unbekannt, daß die Bestrebungen gewisser Ententemächte in dieser Richtung laufen und man von der Anerkennung der russischen Regierung und somit der Wiederaufnahme der Beziehungen gewisse Zugeständnisse abhängig macht.

Das friedliche Rußland

Moskau, 3. Januar. (Funkspruch.) Die Prawda veröffentlicht eine vom neunten allrussischen Rätekongreß auf Grund des Berichts Trotzkis angenommene Tagesordnung, worin es heißt: Der Kongreß bestätigt den festen Willen der Räterepublik, mit allen Völkern in Frieden zu leben. Keine Grenzverschiebung könnte die Hungernden ernähren oder die wirtschaftlichen Ruinen wieder aufrichten. Der Kongreß heißt die Bemühungen der Regierung, die erste Räterepublik vor neuen Kriegen zu bewahren, gut. Er wünscht nur Frieden und Arbeit. Er billigt auch die Verminderung des Roten Heeres und weist mit Entrüstung die lügnerischen Erfindungen kapitalistischer Regierungen und Zeitungen zurück, daß Rußland gegen seine Nachbarn, hauptsächlich gegen Polen, Kriegsabsichten hege. An der Sitzung des neunten allrussischen Kongresses nahmen 1991 Vertreter teil; 1522 davon waren Kommunisten.

Ein russisch-chinesisches Bündnis?

Kopenhagen, 3. Januar. Die Berlingske Tidende meldet: Der Rigaer Zeitung Sewodnja zufolge hat die Sowjetregierung einen außerordentlichen Gesandten nach Peking entsandt, um China ein Militärbündnis gegen Japan vorzuschlagen.

Ein Nachwort zum Eisenbahnerstreik

Von Theodor Nothur

Die große Streikbewegung der Eisenbahner hat ihr Ende erreicht. Die Frage ist jetzt am Platze: War es wirklich notwendig, erste dem Wirtschaftsleben Deutschlands diesen heute noch gar nicht zu übersehenden Schaden zufügen zu lassen oder wäre es nicht für die Regierung und die Eisenbahnverwaltung zweckmäßig gewesen, die Warnungen der Führer des Deutschen Eisenbahnerverbandes zu beachten und das schlimmste zu verhüten? Die reine Lohnzulage, die den Eisenbahnarbeitern im Verfolg dieses Streikes gewährt wurde, beträgt 300 Millionen Mark. Wie groß die Summe ist, die dem Reiche aus der Stillegung des Güter- und Personenverkehrs erwächst, steht noch nicht fest, daß sie aber erheblich ist, darf als sicher angenommen werden.

Es ist in der Bürgerlichen Presse, wie in der Oeffentlichkeit, vielfach die Behauptung aufgestellt worden, die Führer des Deutschen Eisenbahnerverbandes haben den Streik vorsätzlich herbeigeführt. Wie wenig das zutrifft, beweist der Umstand, daß nicht nur die Eisenbahner der Bezirke Elberfeld, Köln und Essen spontan in den Ausstand traten, sondern daß bald darauf auch derselbe Vorgang sich in Berlin und Breslau wiederholte, während aus Hamburg, Kassel, Frankfurt a. M. und Baden bedrohliche Nachrichten einliefen, daß auch dort der Ausbruch des Streiks stündlich zu erwarten sei. Hätte die Regierung nur noch wenige Tage ein ablehnendes Verhalten gezeigt, dann wäre es zu einer Stillegung weiterer Eisenbahndirektionsbezirke gekommen und eine Katastrophe die unfehlbare Folge gewesen. Hoffentlich hat die Regierung und insbesondere der Reichsverkehrsminister aus dem Vorgange der letzten Tage gelernt. Inwieweit das der Fall ist, wird sich zeigen, wenn am 5. Januar die Gewerkschaftsvertreter des Reichs- und Staatspersonals unter Führung des Deutschen Eisenbahnerverbandes an den Verhandlungstisch treten. Auf jeden Fall wird das Gerede verstummen müssen, als sei es dem Vorstande des Deutschen Eisenbahnerverbandes darauf angekommen, es zu einer Machtprobe mit der Regierung kommen zu lassen. Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung beweist auf jedem Blatte, daß Massenbewegungen sich durch Reden einiger geschickter Agitatoren nicht hervorrufen lassen, sondern daß sie geboren werden aus den wirtschaftlichen Verhältnissen. Die augenblickliche Streikbewegung der Eisenbahner ist für diese Erfahrungen ein typisches Beispiel, sie entstand aus der schweren wirtschaftlichen Not, die wiederum in den wichtigsten Industriebezirken Deutschlands ihre Ursache hat in den bedeutend niedrigeren Eisenbahnerlöhnen gegenüber der Privatindustrie. Würde die Regierung, die sich allzusehr in ihrer Haltung von dem Reichsverkehrsminister beeinflussen ließ, auch bei den Verhandlungen am 5. Januar ihre verhängnisvolle Tätigkeit fortsetzen, in dem Bewußtsein, einen drohenden Eisenbahnerstreik zu einem Zusammenbruch bringen zu können, so könnte das die übelsten Folgewirkungen haben. Was sich jetzt gezeigt hat, war nur ein Vorpostengefecht, das sich zu einer regelrechten Entscheidungsschlacht auswirken könnte, wenn die Halsstarrigkeit gewisser Scharfmacher weitere Triumphe feiert.

Interessant ist, daß aus allen Teilen des Reiches eine starke Mitgliederzunahme des Deutschen Eisenbahnerverbandes gemeldet wird. Viele der neugewonnenen Mitglieder sind Ueberläufer aus den gegnerischen Eisenbahnerverbänden. Diese Tatsache spricht dafür, daß die Haltung der Führer des Deutschen Eisenbahnerverbandes als durchaus korrekt und einwandfrei angesehen wird, und die Auffassung sich immer mehr verbreitet, daß die freigewerkschaftliche Bewegung die zweckmäßigste Interessenvertretung des Eisenbahnerpersonals ist.

Was sollte nach Meinung der in den Streik tretenden Eisenbahner erreicht werden? Und was brachte dann das Verhandlungsergebnis? Die Beantwortung der Frage geht zurück auf die am 8. Dezember von den Spitzenverbänden eingereichte Forderung, die deshalb gestellt wurde, weil die im November beendete Lohn- und Gehaltsbewegung des Personals der Reichs- und Staatsbetriebe einen unbefriedigenden Verlauf nahm. Das mußte selbst der Reichstag anerkennen, indem er in einer einstimmig angenommenen Entschließung eine sofortige Nachprüfung der Besoldungsbezüge von der Reichsregierung forderte. Die Forderungen vom 8. Dezember sollten nur eine Verhandlungsgrundlage bilden. Leider war der Reichsfinanzminister Dr. Hermes darüber andrer Meinung. Er wollte eine Verhandlungsgrundlage haben, die ihm paßte, und glaubte das den Gewerkschaften in einem verletzenden Antwortschreiben mitteilen zu müssen. Dieses und noch manches andere, u. a. auch die Erleichterung der Steuerzahlung für die höheren Einkommen unter Nichtberücksichtigung der Arbeiter und Beamten, die nicht einmal das Existenzminimum erreichen, bilden den Ausgangspunkt der Streikbewegung.

Die Vereinbarung sieht nun vor, daß am 5 Januar die am 8 Dezember geforderten Verhandlungen beginnen. Sie sollen aber den in Aussicht genommenen Verhandlungen nicht vorgreifen, sondern nur ein Provisorium schaffen zur Linderung der größten Not in den Industriebezirken. Daraus ergibt sich, daß jene streikenden Eisenbahner, welche wirklich leer ausgehen, in den kommenden Verhandlungen eine Neuregelung ihrer Bezüge erfahren werden. Da zu einer gründlichen Verhandlung während des Streiks keine Zeit war, konnte es sich in den wenigen zur Verfügung stehenden Stunden nur um eine Notstandsaktion handeln. Daß dabei durch die schematische Regelung einige Orte, die eine Berücksichtigung verdienten, trotzdem unberücksichtigt blieben, dürfte erklärlich sein. Es ist aber Vorsorge getroffen, daß eine gründliche Nachprüfung erfolgt und Härten beseitigt werden. Auch darüber erübrigt sich wohl jedes weitere Wort, daß die eine Mark Ueberteuerungszulage in jedem Orte, wo die Privatindustrie einen um mehrere Mark höheren Stundenlohn zahlt, nur eine erste Abschlagszahlung ist. Immerhin dürfte die größte Not durch die sofortige Zahlung beseitigt werden. In allen Orten, in denen bisher Ueberteuerungszuschüsse in irgendeiner Höhe gezahlt wurden, erfolgt eine Erhöhung um eine Mark vom 1. Oktober 1921 an, so daß in drei Monaten 600 Mark nachgezahlt werden. Wo die Steigerung des Lebens

durch eine Aenderung der Ortsklasse herbeigeführt wird, soll, falls an diesem Orte der Ueberteuerungszuschlag in Betracht kommt, der durch die Ortsklassenhebung erzielte Betrag aufgerechnet werden.

Der Vergleich zwischen Ultimatum und Vereinbarung zeigt, daß statt Vorschüssen Nachzahlungen erfolgen. Eine weitblickende Eisenbahnverwaltung hätte also schon ohne Belastung der Reichskasse und ohne dem Wirtschaftsleben Schaden zuzufügen, den Streik verhindern können durch eine angemessene Vorschußzahlung. Statt dessen hat sie gepfuscht, den Gewerkschaftsführern zeigen zu müssen, wieviel klüger ihr Standpunkt ist, und darum muß das Reich diese Klugheit büßen. Doch es kann nicht Aufgabe der Gewerkschaftsführer sein, darüber mit der Eisenbahnverwaltung zu rechten. Das ist die Aufgabe der Reichsregierung und des Parlaments, die darüber jetzt und auch künftig das Wort haben.

•

Die Ausführungsvorschriften

In den am 31. Dezember zwischen dem Reichsverkehrsministerium und den Gewerkschaftsvertretungen getroffenen Vereinbarungen werden in der Ziffer 7 der Ausführungsvorschriften die die vertragschließenden Parteien unmittelbar folgen lassen, erwähnt. Zu diesem Zwecke fand am 2. Januar eine weitere Besprechung im Reichsverkehrsministerium statt, deren Ergebnis jetzt vorliegt. Es handelt sich hauptsächlich darum, die erfolgten Neuregelungen mit den Bestimmungen des Reichslohntarifvertrages in Einklang zu bringen. Nach der Vereinbarung erfolgt eine Veränderung in der Ortsklasseneinteilung, soweit eine Einreihung in eine höhere Ortsklasse in Betracht kommt, und die Erhöhung der Ueberteuerungszuschüsse in besonders teueren Orten. Soweit Orte in Frage kommen, wo es sich auf Grund der Vereinbarung sowohl um eine Hebung in eine höhere Ortsklasse und gleichzeitig um die Aufbesserung der Ueberteuerungszuschüsse handelt, wird der Betrag gegenseitig aufgerechnet. Schließlich wird in den Ausführungsvorschriften bestimmt, daß bei Verfolgung von gewalttätigen Angriffen in Verwaltung, Betrieb und Verkehr in jedem Einzelfall die Entscheidung des Reichsverkehrsministeriums einzuholen ist.

Anteil Polens an den Reparationsleistungen?

Die polnische Regierung hat sich bereits vor längerer Zeit an das Generalsekretariat des Völkerbundes in Genf gewandt, um zu erfahren, ob sich Polnisch-Oberschlesien, also diejenigen Landesteile, die von Oberschlesien an Polen abgetreten werden müssen, an den deutschen Reparationszahlungen beteiligen müssen. Wie der Daily Telegraph jetzt mitteilt, ist die Anteilspflicht Polnisch-Oberschlesiens ausgesprochen worden. Eine Bestätigung dieser Meldung muß vorerst abgewartet werden. Sollte die Mitteilung, die im Grunde genommen nur den Satzungen des Friedensvertrages gerecht wird, den Tatsachen entsprechen, dann würde das für Deutschland eine nicht zu unterschätzende Entlastung von der Gesamtreparation bedeuten. Durch die Genfer Entscheidung über Oberschlesien sind dem Deutschen Reich wichtige Gebiete genommen worden, Gebiete, die eine gewisse Garantie für die Durchführung der Reparationsverpflichtungen leisteten. Nachdem diese Gebiete nicht bei Deutschland verbleiben, erscheint es nicht mehr als gerecht, daß man Rücksichten nimmt und Deutschlands tatsächliche Leistungsfähigkeit berücksichtigt.

Ob man sich in Polen mit der angeblichen Entscheidung abfinden wird, ist vorerst noch abzuwarten. Maßgebende Blätter haben zwar bisher kein Hehl daraus gemacht, daß die Zuteilung wichtiger deutscher Industriegebiete an Polen die polnische Regierung gleichzeitig zur Zahlung eines Teiles der deutschen Reparationsleistungen verpflichtet. Erst vor kurzer Zeit haben große polnische Blätter diese Auffassung noch mehrfach ausgesprochen.

Das alte Gespenst

Haag, 4. Januar. Beim Neujahrsempfang in der französischen Gesandtschaft in Brüssel hielt der französische Gesandte de Margerie eine Rede, in der er die Hoffnung ausdrückte, daß die so sehr gewünschte französisch-belgische Wirtschaftsentente möglichst bald zum Ziele kommen möge. Ueber die Beziehungen zu Deutschland sagte der Gesandte, daß niemand den Ernst der Lage unterschätzen dürfe. Es sei sich jeder der Gefahr bewußt, die Belgien und Frankreich von Deutschland drohe. Die Lage sei in Wirklichkeit mit der gefährlichen Situation im Jahre 1914 identisch.

Deutschland und der Völkerbund

Nach einer kürzlich veröffentlichten Drahtmeldung aus Genf wird der Völkerbundrat sich in seiner bevorstehenden Tagung mit der Frage der Frankenwährung im Saargebiet nicht befassen; kein Bundesvolk habe seine Aufmerksamkeit auf die Angelegenheit gelenkt. Hierzu erhalten wir aus Völkerbundkreisen die folgende juristische Zuschrift:

Nach einer fast ganz folgerichtigen rechtlichen Entwicklung wird der Völkerbund gewöhnlich nur auf die Initiative eines Bundesvolkes hin tätig. So deutete die den Notenwechsel über Eupen-Malmedy abschließende Note des Völkerbundrates vom ..... mit dem begründenden Hinweis: sämtliche Bundesvölker sind laufend über die Angelegenheit unterrichtet worden, an; es hätte ihnen frei gestanden, die Sache von sich aus aufzurollen, und durch ihre stillschweigende Anerkennung sei jedoch die Entscheidung endgültig geworden. Das Nichteingreifen des Völkerbundes gegen das gewalttätige Vorgehen Frankreichs im April 1920 (Besetzung des Mainguas), die militärischen und wirtschaftlichen Sanktionen im März 1921 trotz der deutschen Bereitschaftserklärung, sich dem Verfahren des Bundes zu unterwerfen, ganz kürzlich der Genf-Budapester Notenwechsel über die Nichtintervention des Bundes über den Streit der Entente mit Ungarn, sowie andre Ereignisse besagen, daß der die Bundesgeschäfte führende Rat völkerbundverfassungsmäßig kaum in der Lage ist, ohne die Anregung eines Bundesvolkes einzugreifen.

Geht jedoch aus dem Kreise der Bundesvölker ein entsprechender Antrag ein, dann wird der Völkerbundrat tätig. In aller Erinnerung ist noch die plötzliche Uebertragung der oberschlesischen Entscheidung im August vom Obersten alliierten Rat als einer Gruppe von Bundesvölkern an den Rat des Völkerbundes. Weitere Beispiele für eine von einem Bundesvolk ausgehende Initiative sind die Alandfrage, die im Juni 1920 vor den Völkerbundrat durch Großbritannien gebracht worden ist und Anfang letzten November der jugoslawisch-albanische Konflikt, der ebenfalls durch Großbritannien dem Rate unterbreitet wurde. In wenigen Tagen wird der Rat sich mit den Zuständen in Ostkarelien auf die Initiative der finnischen Regierung hin zu beschäftigen haben. Der Völkerbund und daher auch der Völkerbundrat ist keine Ueberregierung, die von sich aus gefragt und ungefragt, befugt oder unbefugt, in internationale Angelegenheiten eingreift, sondern er ist für die in ihm vereinigten, durch ihre Regierungen vertretenen fünfzig Bundesvölker ein Mittel, um gemeinsam Beschlüsse zu fassen bei Angelegenheiten von Bedeutung für ihre Beziehungen, die den Weltfrieden oder ihr gutes Einvernehmen zu stören drohen, von dem der Frieden abhängt.

Solange also kein Bundesvolk die Ueberzeugung gewonnen hat, daß eine andre Art der Saarpolitik im Interesse des Einvernehmens der Völker notwendig ist, dürfte die bisherige Saarpolitik fortgesetzt werden; denn der französische Vorsitzende der Saarregierungs-Kommission hat ja Gelegenheit genug, seine und seiner Mitarbeiter Auffassung mündlich im Rate zu vertreten. Es fehlt eben die Gegenwirkung Deutschlands, des zweiten, an der Saarverwaltung unmittelbar interessierten großen Volkes. Wäre Deutschland im Bunde, so stände ihm zum Wohle der Saarbevölkerung Sitz und Stimme im Rate zu. Aber auch bei der gegenwärtigen und mindestens zehn Monate, wenn nicht länger, andauernden Nichtmitgliedschaft Deutschlands ist eine Teilnahme an den Ratssitzungen juristisch durchaus nicht ausgeschlossen. Zudem gibt es mehrfache Präzedenzfälle für die Beteiligung von Nichtmitgliedern an den Sitzungen des Rates: bevor sie Bundesmitglieder wurden, nahmen Finnland und Litauen an den Sitzungen über die Alandfrage und im Konflikt mit Polen teil; und der Rat lud die Vereinigten Staaten im vergangenen März ein, an den Beratungen über die Mandate teilzunehmen. Ob diese juristische Möglichkeit sich politisch verwirklichen läßt, darüber sich zu äußern, ist nicht die Aufgabe dieser Zeilen. Ein solcher Bruch mit dem bisherigen Verhalten des Völkerbundes gegenüber Deutschland jedoch kann nur aus der Mitte der Bundesvölker selbst entstehen; in Betracht käme nur ein Bundesvolk, das nicht etwa um Deutschlands, sondern um der Gerechtigkeit willen zu einer solchen Initiative sich entschlösse.

Mehr Gleichschritt!

Gegen die Demokratisierung der Verwaltung führen die alte Bureaukratie und die gesamte Reaktion einen erbitterten, zähen Kleinkrieg. Wo immer ein demokratischer Außenseiter in ein Amt kommt, werden Fähigkeiten und Charakter, Amtsführung und Privatleben unermüdlich durchschnüffelt, um ihm irgendeinen Fleck auf die Weste zu machen.

Ein Streiflicht in Rosenberg in Westpreußen hat wieder einmal schlaglichtartig den gegenwärtigen Zustand der Verwaltung beleuchtet. Im Rosenberger Kreise war Landrat ein Herr von Versen, Ehrenritter des Johanniterordens, aber schon auf seinen früheren Posten in Fulda und Löbau mit höheren finanziellen Verfehlungen belastet. Severing stellte ihn zur Disposition und gibt ihm als Nachfolger den Regierungsassessor Dr. Friedensburg. Als dieser in den Kreis kommt, ist der Kreisdeputierte von Puttkamer-Plaue verreist, die Amtswohnung noch auf diese Monate an Versen vermietet, der Regierungspräsident Graf Baudissin verhindert, den neuen Landrat zu empfangen, das Kreisamt verschlossen und wichtige Akten verschwunden. Als trotz alledem Friedensburg die Geschäfte wahrzunehmen beginnt und feststellt, daß Versen die im Kreishaushalt bewilligte Summe für Autofahrten um das Sechsfache überschritten und erhebliche Summen Kreisgeldes in die eigene Tasche hat verschwinden lassen, setzt in den Zeitungen eine wüste Hetze gegen den neuen Landrat ein. Die von Puttkamer, von Auerswald, von Brünneck, Graf Dona v. Bamberg, von Oldenburg-Januschau und Graf Baudissin verabreden auch sogdgemäß Zeitungserklärungen, welche die Ehre des neuen Landrats grob und höhnisch heruntergerissen, und als Friedensburg sich in einer Erklärung wehrt, wird er von dem Regierungspräsidenten Graf Baudissin gerüffelt. Ein Ehrengericht unter Vorsitz des Herrn v. Auerswald spricht dem Doktor Friedensburg, einem Kriegsbeschädigten, das Recht ab, Genugtuung zu erhalten — der Herr v. Versen war während des ganzen Krieges reklamiert. Dieses Treiben war selbst für die preußischen — westpreußischen Richter zu viel. Nach fünfzehnstündiger Verhandlung hat die Strafkammer festgestellt, daß gegen Dr. Friedensburg ein Vorwurf in keiner Form erhoben werden kann, und daß er nur mit unendlicher Geduld seine Pflicht getan habe. Herr v. Versen ist zivilrechtlich und strafrechtlich verurteilt worden, und wohl nur Stand und Adel haben ihn vor dem Gefängnis bewahrt.

Der Fall Friedensburg ist kein Einzelfall, sondern typisch für die Zeit. Genau wie diesem demokratischen Landrat erging es dem Demokraten Dr. Ahrens in Pommern und dem Demokraten Fiehn in der Neumark, nur mit dem Unterschiede, daß diese beiden ebenfalls einwandfreien Männer in der Regierungszeit der Schwäche und Feigheit, das heißt in der Aera Dominicus, von der Reaktion zur Strecke gebracht wurden.

Immerhin, in der preußischen Verwaltung wird wenigstens schon gekämpft. Leider liegt es noch nicht entfernt in allen Verwaltungszweigen so, und fast noch schlimmer als in Preußen steht es mit der Demokratisierung der hohen Reichsämter. Im Reich ist es bisher eigentlich nur das Wirtschaftsministerium gewesen, in dem man republikanische und soziale Ideen gepflegt hat. Im Reichsministerium des Innern hat die Umstellung eben erst begonnen; konnte erst beginnen, nachdem der ewige Lewald gegangen war. In den übrigen Reichsministerien hält man ungefähr an den Grundsätzen fest, welche die Kriegszeit charakterisierten: ein Sozialdemokrat muß drin sein, damit man weiß, daß die Sozialdemokraten nicht mehr von der Verwaltung ausgeschlossen sind; aber irgendwelchen Einfluß dürfen dieser Konzessionsschulze und die Sozialdemokratie natürlich nicht haben.

Am allerschlimmsten sieht es wohl gegenwärtig noch im Reichsfinanzministerium aus. Hier sind die entscheidenden Leute die Unterstaatssekretäre Zapf für Steuern und Schröder für die Reparationen und der Ministerialdirektor von Schlieben für die Beamtengehälter. Soviel wir wissen, hat Schlieben früher in der Reichskanzlei gesessen, ist aber dort nach dem 9. November verschwunden. Betrachtet man die Geschicklichkeit, mit der das Reichsfinanzministerium in der letzten Zeit namentlich die Eisenbahner behandelt hat, so möchte man fast auf den Gedanken kommen, daß es sich für den 9. November rächen möchte, indem es der Republik möglichst viel Ungelegenheiten macht. Das Reichsfinanzministerium ist leider auch zu Erzbergers Zeiten eine ganz reaktionäre Behörde gewesen, und ebenso bedauerlicherweise hat Dr. Wirth nichts für seine Demokratisierung getan. Seit aber gar Hermes an der Spitze dieses Amtes steht, ist dort gar der deutschnationale Teufel los.

Von einer wirklichen Durchführung der Demokratie in der Verwaltung wird man erst dann reden können, wenn der republikanische Geist gleichmäßig in alle Verwaltungszweige eingedrungen ist; wenn in allen Verwaltungszweigen der Republikaner und der Sozialist ebenso unangefochten sein Amt ausüben kann, wie das in der Republik dem deutschnationalen Beamten, der seine Pflicht gegen den Staat erfüllt, von jeher gestattet war.

Leben • Wissen • Kunst

Die Geschichte des Bieres

Im Auftrag der Deutschen Forschungsanstalt für Lebensmittelchemie in München hatte der Vertreter der arischen Philologie an der Münchner Universität, Geh. Rat Ernst Kuhn, eine geschichtliche Darstellung des Bieres übernommen, wobei er von dem Direktor der wissenschaftlichen Station für Brauerei in München, Dr. Heinrich Lüers, unterstützt wurde. Infolge längerer Erkrankung und seines Todes konnte der Gelehrte die Arbeit nicht in geplantem Umfang ausführen, doch hatte er eine Reihe wichtiger neuer Tatsachen über die Geschichte des Bieres ermittelt, die in einem Auszug in der Umschau mitgeteilt werden.

Das älteste Land des Bieres ist Aegypten, und zwar gab es dort vier Sorten Bier, helles und dunkles, dazu ein Importbier aus dem kleinen asiatischen Landschaft Onede. Die Studenten tranken es ebenso gern wie die Priester, die Könige hatten ihre Hofbrauereien, und selbst den Verstorbenen wurden Krüge gefüllt mit Bier auf die Wanderung ins Jenseits mitgegeben. Aus der Darstellung der Bierbrauerei auf den ägyptischen Kunstdenkmälern läßt sich erkennen, daß der altägyptische Gerstensaft im wesentlichen ebenso zubereitet wurde, wie noch heute das „buzah" genannte ägyptische Bier von den Bauern. Das gleiche Verfahren ist noch heute für das russische Volksgetränk, den Kvas, üblich, und das alte Buzah wurde im ganzen mohammedanischen Orient verbreitet. Die ibrakisch-phrygischen Stämme hatten ein Bier, das wahrscheinlich auch aus Gerste hergestellt wurde und „bruton" hieß, wovon unser deutsches „Braun" herzuleiten ist. Treffliche Bierkenner waren die iberischen Lusitanier, und auch das keltische Gallien war ein Bierland. Vielleicht haben zuerst die Gallier ein rationelles Mälzungsverfahren eingeführt.

Vom Bier der Germanen erzählt uns Tacitus, in Dalmatien und Panonien erlabte man sich an dem „Sabajum", dem besonders der Kaiser Valens so reichlich zusprach, daß er als „Sabajarius" verhöhnt wurde. Diesem im ganzen geringwertigen Bier des Altertums wurden schon hier und da Zusätze beigegeben, aber der Gebrauch des Hopfens ist nirgends nachzuweisen. Die frühesten Nachrichten über den Hopfen stammen aus der Zeit der Karolinger, und zwar aus dem nördlichen Frankreich. Im 9. Jahrhundert wird schon reichlicher Hopfenbau im Hochstift Freising bezeugt, und bald war er in Deutschland allgemein üblich, ist seit 1070 für die slawischen Länder bestätigt und bayerischer Hopfen wurde seit 1240 exportiert. Seit dem 12. Jahrhundert werden überhaupt die Nachrichten über das Brauwesen in Bayern häufiger. In München gab es im Jahre 1500 38 Brauer; wir hören auch schon von Brauordnungen und Brausteuern. Damas wendeten auch die Gelehrten ihre Aufmerksamkeit der Kunst des Brauens zu. Das erste gedruckte Werk über das Bier schrieb in lateinischer Sprache 1551 der Königsberger Johannes Bretschneider, und viel gelesen wurde das zuerst 1578 erschienene treffliche Buch von Dr. Heinrich Knaust „Fünff Bücher von der göttlichen und edlenn Gabe, der philosophischen, hochtheuren und wunderbaren Kunst, Bier zu brauen". Hier werden bereits nicht weniger als 150 verschiedene Biere genannt, die sich in den verschiedenen Gegenden bis zum Ende des 18. Jahrhunderts behaupteten.

Theater

In Puhonnys Marionettentheater gab es gestern noch einen äußerst vergnügten Abend. Direktor Ehlerts bittere Absage an die Dresdner hatte doch so gewirkt, daß der kleine Saal wenigstens am vorletzten Tage des Gastspiels einmal voll besetzt war. Der kleine Rezitator stellte das mit anzüglicher Liebenswürdigkeit fest und brachte das Publikum mit einigen „Leibjür" Gesprächen Reimanns und einer köstlichen Parodie auf „die selige Marlitt und die leider noch nicht selige Courths-Mahler" in eine glückliche, animierte Stimmung, die das vorausgegangene amüsante erotische Spiel „Helena im Bade" von Schmidtbonn schon vorbereitet hatte. Dem Rezitator folgten die übrigen Sterne dieses kleinen Marionettenvarietés: der Riggertänzer, Caruso, das „verfoxtrottelte" Tänzerpaar, die Liedersängerin mit ihrem Pianisten, die Tanzchinesen Tsching und Tschang. Und wieder hatte man den ganz eigentümlichen Eindruck, daß diese Tänzer — nicht Menschen, wohl aber lebende Wesen aus einem chinesischen Märchenreiche sind. Und manchmal huscht es wie leise Dämonie über ihre breitsetzenden Gesichter, während sie tanzen. Den Marionetten folgte als Steigerung vom Reizvollen zum Reizvolleren Christian Morgensterns satirische Szene „Egon und Emilie", in der Egon einem Familiendrama dadurch ausweicht, daß er zu allen Gefühlsausbrüchen Emiliens beharrlich und reglos schweigt. Und als Emilie nach einem vergeblichen Weinkrampfanfall in flammender Entrüstung abgeht, erhebt sich Egon und richtet eine kleine Ansprache an das Publikum, in der er den denkwürdigen Satz spricht: „Meine verehrten Herrschaften, Sie haben heute zum ersten Male einen vernünftigen Mann auf der Bühne gesehen." Das Publikum jauchzte. Und einem lebenden Schauspieler werden nicht oft so begeisterte Ovationen dargebracht, wie dieser Puppe aus Holz, die nicht viel mehr tat als dazusitzen, und über deren meisterhaft geschnitztes Gesicht alle Nuancen satirischen Humors zu huschen schienen, während doch der Zuschauer — wie es dem Rangbesucher im großen Theater auch geschieht — unbewußt nur das eigene Mienenspiel als das Mienenspiel des Darstellers empfand. E. H.

Dresdner Kalender

Theater am 5. Januar. Opernhaus: Madame Butterfly (7½). — Schauspielhaus: Romeo und Julia (7). — Zentral-Theater: Michel, der Nußknacker (3½); Die Braut des Lucullus (7½). — Residenz-Theater: Die Eispringessin (3½); Schäm' dich — Lotte (7½).

Opernhaus. Heute in Tosca singt die Titelrolle Marga Dannenberg, vom Stadttheater in Breslau, als Gast; Cavaradossi: Tauber; Scarpia: Burg. Musikalische Leitung: Striegler. Spielleitung: Georg Hartmann. Anfang: 7½ Uhr.

Ein Konzert für die Arbeiterjugend und deren Freunde findet am Sonntag den 15. Januar, abends 7½ Uhr, im großen Saale des Logenhauses, Ostraallee, statt. Mitwirkende sind: Konzertsängerin Trude Schöne-Knünfel, die für ihre Mitwirkung bei der Weihnachtsfeier der S. P. D. im Ausstellungspalast am 1. Weihnachtsfeiertag den freudigen Beifall aller Teilnehmer erntete, Kantor Kurt Schöne (am Flügel) und Kammermusiker Willi Reiner (Violine). Das Programm dieses Konzertes bringt eine Arie für Sopran mit obligater Violine und Klavier von Mozart, Lieder für Sopran und Klavier von Brahms, Mendelssohn-Bartholdy, Schumann, Humperdinck u. a., ein Menuett für Violine und Klavier von Mozart, ein Violinkonzert von Mendelssohn-Bartholdy, Schumanns Träumerei für Violine und Klavier und eine Serenade mit anschließendem Scherzo für Violine und Klavier von W. Reiner. Eintrittskarten zum Preise von 8 M. für Erwachsene und 2 M. für Jugendliche sind im Jugendsekretariat, in der Volksbuchhandlung, am Wettinerplatz, und an der Abendkasse zu haben.

Volkshochschule. Freitag den 6. Januar beginnen: Ernst Hörisch: Stillübungen, von 8 bis 9 Uhr im Lesesaale der Städtischen Bücherei und Lesehalle, Waisenhausstraße 9, I.; Derselbe: Der Weg zum eigenen Stil, 9 Uhr 5 Min. bis 10 Uhr 5 Min. am gleichen Ort; Sonnabend den 7. Januar beginnen: Kurt Henker: Einführung in die Chemie mit besonderer Rücksicht auf technische und volkswirtschaftliche Fragen, II. Teil 7½ Uhr, im großen Hörsaale der Städtischen Gewerbeschule, Dürerstraße 45. Teilnehmerkarten zu den Lehrgängen in der Geschäftsstelle, Georgplatz 5, I. (geöffnet: Montags bis Freitags 10 bis 8 Uhr, Sonnabends 10 bis 2 Uhr, außerdem Dienstags und Donnerstags von 5 bis 7 Uhr).

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19220104/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Das Reichseisenbahngesetz

Der Referentenentwurf eines Reichseisenbahnfinanzgesetzes liegt nunmehr vor und wird demnächst den gesetzgebenden Körperschaften vorgelegt. Er ist entstanden aus der lebhaften Kritik, die an der Tarif- und Finanzpolitik der Reichseisenbahn geübt worden ist und aus den Bestrebungen, eine Sanierung der Eisenbahnen zu ermöglichen. So schwebt ihm auch das Ziel vor, die Eisenbahn aus dem bureaukratischen Apparat des Reiches herauszuheben und in ihrer Geschäftsführung beweglicher zu machen, anderseits über die Bilanz der Eisenbahn so durchsichtig zu gestalten, daß eine öffentliche Kontrolle in erhöhtem Maße möglich wird. Der Paragraph 1 bestimmt, daß die Eisenbahnen unter der Bezeichnung „Deutsche Reichseisenbahn" ein Sondervermögen des Reiches bilden sollen, dessen Rechte und Verbindlichkeiten vom übrigem Reichshaushalt getrennt zu halten sind. Der Haushalt der Reichseisenbahn soll so gehandhabt werden, daß ihre Finanzlage jederzeit mit Sicherheit festgestellt werden soll. Sie bildet ein selbständiges wirtschaftliches Unternehmen. Die Reichseisenbahn untersteht dem Reichsverkehrsminister. Dieser ist aber dem Reichstag gegenüber nicht mehr für die einzelnen finanziellen Maßnahmen verantwortlich, sondern nur noch dafür, daß die Vorschriften der Reichsverfassung beachtet werden, ferner dafür, daß die Bahnen in einem betriebssicheren und den Verkehrsanforderungen entsprechenden Zustand sich befinden und gesetzmäßig verwaltet werden. Nur wenn der Reichsverkehrsminister mit seinen Maßnahmen in den Geschäftsbereich andrer Reichsminister übergreift, hat er sich mit diesen zu verständigen. Bei der Verwaltung wirkt ein Verwaltungsrat mit, der sich zusammensetzen soll aus je sechs Mitgliedern des Reichstages, sechs des Reichsrates, des Reichswirtschaftsrates und des Personals der deutschen Reichseisenbahn, außerdem kommen noch zwölf vom Reichspräsidenten ernannte Sachverständige hinzu. Der Verwaltungsrat hat den Haushalt festzustellen, die Aufnahme zu Anleihen, die Verkehrs- und Lohntarife zu genehmigen und Gesetzesvorlagen zu begutachten. Er ist also ein beratendes Organ, der aber das Recht hat, jederzeit vom Verkehrsminister Auskunft über die finanzielle Lage und über die Verwaltungsgeschäfte zu verlangen, ebenso wie er von allen wichtigen Vorkommnissen und Beratungen rechtzeitig in Kenntnis zu setzen ist. Sehr ausführlich sind die Bestimmungen über die Aufstellung des Haushaltes. Er zerfällt in einen Betriebs- und einen Anleihehaushalt. Ersterer umfaßt alle bisher im ordentlichen Haushalt zusammengefaßten Einnahmen und Ausgaben, aus dem jedoch die Einnahmen aus Anleihen, die Zuschüsse und insbesondere die zur Erweiterung und zum Ausbau der Eisenbahn notwendigen Ausgaben ausgesondert sind. Diese werden im Anleihehaushalt einzeln aufgeführt. Während bisher die Eisenbahnen seit dem Kriege immer ein Zuschußbetrieb waren, soll jetzt entschieden darauf hingewirkt werden, daß sich die Eisenbahnen selbst erhalten. Zum Betriebshaushalt dürfen Zuschüsse vom Reich nicht geleistet, Ueberschüsse an dieses nicht abgeführt werden. Die bestehenden Sonderbesteuerungen der Eisenbahnen werden aufgehoben. Um in Zeiten schlechter Betriebslage das Defizit ohne Inanspruchnahme von Reichsmitteln aufrecht erhalten zu können, soll ein Rücklagefonds von 10 Milliarden gegründet werden, dem jährlich aus dem Betriebshaushalt 0,8 Prozent der Roheinnahmen, ferner der gesamte Reinüberschuß und die eigenen Zinsen des Betriebes zufließen sollen. Das Gesetz soll schon am 1. April 1923 in Kraft treten, der Verwaltungsrat aber unverzüglich gebildet werden und sogleich seine Arbeit aufnehmen. Zu der Frage der Beamtenrechte hat der Organisationsausschuß der Reichseisenbahn einen Beschluß dahin gefaßt, daß die Reichseisenbahn als selbständiges wirtschaftliches Unternehmen Besoldungsordnungs- und Besoldungsvorschriften unabhängig von der Reichsregelung erhalten soll.

Die Absicht einer Reform der Eisenbahnen können wir nur von vornherein billigen. Der Entwurf des Reichsverkehrsministers hat nach den bisher mitgeteilten Auszügen den Vorzug, daß er die Eisenbahnen als Reichsbetrieb erhält, wenn er sie auch in weitem Ausmaße der parlamentarischen Mitbestimmung entzieht. Allerdings sind die Rechte, die der Reichsverkehrsminister durch den neuen Entwurf erhalten soll, derart weitgehend, daß unbedingt ausreichende Sicherheiten geschaffen werden müssen, um die Handhabung der Verwaltung im Sinne der Allgemeinheit sicherzustellen. Der Versuch dazu ist in dem Vorschlag eines Verwaltungsrats gemacht. Uns will scheinen, daß seine Zusammensetzung nach den bisherigen Vorschlägen die erforderliche Sicherheit nicht verbürgt. Dieser setzt sich nämlich zusammen aus 36 Vertretern. Davon sind 6 Mitglieder des Reichstags, worunter sich sicher mehrere Unternehmervertreter befinden dürften, ferner 6 Mitglieder des Reichsrats, der als Säule der politischen und wirtschaftlichen Reaktion bekannt ist. Bei den 6 Mitgliedern des Reichswirtschaftsrats ist anzunehmen, daß man versuchen wird, die Interessen der Arbeiter und Verbrauchern gegen diejenigen der Unternehmer und privatkapitalistischen Produzenten abzuwägen, ähnlich werden sich auch die Sitze der Vertreter des Reichseisenbahnpersonals verteilen, von denen 3 durch die Beamten, 3 von den Betriebsräten ernannt werden. Hier ist sogar anzunehmen, daß die Arbeitnehmerinteressen etwas stärker zur Geltung kommen werden, als die von den leitenden Beamten vertretenen Arbeitgeberinteressen. Nicht ganz so sicher gilt das für die 12 vom Reichspräsidenten zu benennenden Sachverständigen. Gerade bei Sachverständigen besteht erfahrungsgemäß oft die große Gefahr, daß sie sich auf den Interessentenstandpunkt stellen, so ist alles in allem zu befürchten, daß die Arbeitgeberseite im Verwaltungsrat der Reichseisenbahn stärker zur Geltung kommt als die Arbeitnehmerseite. Ganz abgesehen von den Forderungen, die wir namens der arbeitenden Klasse geltend machen müssen, ist es doch außerordentlich wesentlich, schon in der Verwaltung der Reichseisenbahn Vorsorge dagegen zu treffen, daß nicht die Interessengegensätze zu scharf aufeinanderprallen.

Der Verwaltungsrat muß ein Organ der Gemeinschaftsarbeit sein und gerade deshalb muß seine Zusammensetzung so erfolgen daß unnötige Reibungen vermieden werden und daß nicht durch starke Majorisierungen das Gefühl der Erbitterung geweckt wird, das leicht zu unerwünschten Konflikten bei der Behandlung der sozialen und der Lohnfragen führen kann. Deshalb würden wir es für erforderlich halten, daß der Grundsatz der Gleichberechtigung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in dem Gesetz seinen Ausdruck findet und der Verwaltungsrat entsprechend zusammengesetzt wird. An den Einzelheiten des Gesetzentwurfes wird noch viel zu arbeiten sein, doch dürfte sein Grundgedanke bei den Parteien Anklang finden, abgesehen von den unentwegten Verfechtern der Privatisierung, über deren tendenziöse Stimmungsmache das Volksganze hinweggehen wird.

Deutsch-lettische Verhandlungen

Die deutschen Mitglieder der Kommission, die gemäß § 5 des vorläufigen deutsch-lettländischen Abkommens vom 15. Juli 1920 die Ersatzansprüche beider Länder gegeneinander feststellen soll, ist am Sonntag abend nach Riga abgereist. Die Kommission besteht aus Ministerialrat Lindenberg vom Reichsschatzministerium, Regierungsrat Meyerhoff vom Reichsministerium für Wiederaufbau und Hauptmann von Jagow vom Reichswehrministerium.

Die lettländischen Delegierten für die deutsch-lettländischen Wirtschaftsverhandlungen werden unter Führung des Unterstaatssekretärs Albat am Freitag dieser Woche in Berlin erwartet. Die erste Sitzung dieser Kommission findet Sonnabend den 7. Januar 1922 statt.

Der Preis für Oedenburg

Die Wiener Zeitung der ungarischen Sozialdemokratie Jövö berichtet, daß der beste Freund Horthys, der englische Hochkommissar Hobler, einen eigenen geheimen Vertrag mit Horthy abgeschlossen habe, wonach die ungarische Regierung die ungarische Staatsbahn, die Kohlenbergwerke von Fünfkirchen und den Budapester Handelshafen, der erst gebaut werden soll, an die Engländer überläßt. Die Zeitung bemerkt dazu, daß dieser Geheimvertrag der Preis für Oedenburg sei.

Deutsches Reich

Der republikanische Schutzparagraph

Berlin, 4. Januar. Halbamtlich wird der Wortlaut des Paragraphen mitgeteilt, der bisher als Gesetz zum Schutze der Republik bezeichnet wurde:

„Wer die verfassungsmäßige Staatsform oder die Reichs- oder die Landesfarben öffentlich bekämpft, wird mit Gefängnis bestraft. Daneben kann auf Geldstrafe bis zu 500 000 M. sowie auf Verlust der bekleideten öffentlichen Aemter erkannt werden.

Ebenso wird bestraft, wer öffentlich oder durch Verbreitung von Schriften, Abbildungen oder Darstellungen zu Gewalttätigkeiten gegen die Person des Staatsoberhauptes oder eines Mitgliedes der Reichsregierung oder einer Landesregierung auffordert oder aufreizt."

Noch keine Reichspräsidentenwahl

Wie die Deutsche Allgemeine Zeitung aus parlamentarischen Kreisen zur Frage der Neuwahl des Reichspräsidenten hört, beabsichtigen die Reichstagsfraktionen, vorläufig noch nicht auf eine Ausschreibung zu drängen, solange nicht die Gesetzesvorlage über den Volksentscheid und andres verabschiedet worden ist. Vor allen Dingen konnte über die Frage einer geeigneten Kandidatur trotz vielfachen Bemühungen bisher noch keine Einigung erzielt werden.

Der gemaßregelte Friesland

Wie die Rote Fahne mitteilt, wurde in der Sitzung des Zentralvorstandes von Berlin-Brandenburg der K. P. D. beschlossen, den Stadtverordneten Friesland aus der Berliner Stadtverordnetenversammlung abzuberufen, da seine Haltung die Organisation zu der Annahme veranlaßt habe, daß Friesland in der Stadtverordnetenversammlung gegen seine eigene Partei sprechen könnte.

Kohlenmangel in Düsseldorf

Die Rheinische Motorwagen- und Maschinenfabrik A.-G. in Düsseldorf hat wegen geringer Kohlenversorgung den Betrieb einschränken müssen. Der Kohlenmangel ist nur zum Teil auf den Eisenbahnerstreik zurückzuführen, da schon vorher die Kohlenversorgung eine sehr ungenügende war. Voraussichtlich wird das Werk, das etwa 15000 Arbeiter beschäftigt, gezwungen sein, seinen Betrieb noch mehr einzuschränken, wenn die Verhältnisse sich nicht bessern.

Auch bei A.-G. Schöndorf in Düsseldorf beabsichtigt man neuerdings Betriebseinschränkungen wegen Kohlenmangels, nachdem erst vor kurzem 2000 Arbeiter entlassen werden mußten.

Ausland

Frankreich

Eine neue Pazifistengruppe

Paris, 3. Januar. Mit dem neuen Jahre wird der Ere Nouvelle zufolge in Paris unter dem Namen Union populaire pour l'Affaire universelle eine neue pazifistische Gruppe ohne Parteizugehörigkeit gegründet. Vorsitzender ist der ehemalige Abgeordnete von Paris Lucien le Foyer, aus der Zahl der übrigen Gründer seien hervorgehoben die Schriftsteller Marguerit und Henry Barbusse. In dem Aufruf, den die Gruppe erläßt, wird auf die Unfähigkeit der Pariser Konferenz und der Friedensverträge, insbesondere desjenigen von Versailles, hingewiesen, einen tatsächlichen Weltfrieden herbeizuführen. Der Friede müsse organisiert werden. Die Gruppe lehnt auch den Völkerbund in seiner jetzigen Gestalt ab. Sie will an seine Stelle einen allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Bund der Völker in Gestalt einer übernationalen Organisation mit legislativer, exekutiver und rechtsprechender Gewalt setzen. Der Aufruf legt allen die Verpflichtung auf, bis zur Verwirklichung dieses Planes den Widerstand gegen den Krieg und den imperialistischen Nationalismus zu stärken. Die Abrüstung Deutschlands sei nur der Anfang. Die Regierungen auch der andern Völker seien ihren Völkern eine ähnliche Abrüstung schuldig.

Aus aller Welt

Eine Familientragödie

Die Blätter melden aus Dortmund: In Aplerbeck erstach am Silvesterabend der Arbeiter Voß seinen jüngsten Sohn, der für eine Silvesterfeier Geld verlangt hatte. Aus Wut darüber erschlug der ältere Bruder des Erstochenen den Vater mit einem Spaten.

Merkwürdige Staatsbeamte

Der verhaftete Direktor Mervilius von der Reichstreuhandgesellschaft ist seines Postens bis auf weiteres enthoben worden. Nach Bekundungen von Zeugen soll er eine sehr bedenkliche Vergangenheit haben. Er wird beschuldigt, seine jetzige Frau, als sie noch ein junges Mädchen von nicht 16 Jahren war, Lebemännern gegen Entgelt zugeführt und ihr richtige Zuhälterdienste geleistet zu haben. Gegen dieses Mädchen war das leichtsinnige Lebensmanöver wegen auch die Fürsorgeerziehung beantragt. Sie wurde aber nicht durchgeführt.

Als nun Mervilius seine hohe Staatsstellung erhielt, nutzte Frau Röder, die von allem unterrichtet war, ihre Kenntnis der Dinge aus und zwang ihn, ihre Tochter zu heiraten. Nach Zeugenaussagen auch Mervilius schon früher um die Lebensdiebstähle der Frau Röder gewußt und sie auch begünstigt haben. Der Grund dafür ist wohl der, seine eigene Vergangenheit nicht zu offenbaren. Bis alle diese Dinge gründlich etwa zu gunsten des Verhafteten geklärt sind, wird an eine Haftentlassung um so weniger zu denken sein, als auch Fluchtverdacht nicht unbegründet ist. Mervilius stehen sicher erhebliche Gelder zur Verfügung, wahrscheinlich auch im Ausland, wo er gute Beziehungen haben muß.

Geklärt müssen auch noch schwere Beschuldigungen werden, die gegen Vorgesetzte des Direktors erhoben werden. Hiernach sollen diese schon lange von dem Treiben Kenntnis gehabt haben. Sie sollen schriftliche Anzeigen, die ihnen zugingen, aus bestimmten Gründen unter den Tisch haben fallen lassen. Der Kaufmann Förster, der Ehemann der Schwester der Frau Röder, war bisher auf freiem Fuße belassen, weil er nur der Hehlerei beschuldigt war und Familie hat. Kriminalobermachtmeister Dettmann und seine Beamten haben jetzt aber weitere Feststellungen gemacht, die auch zu seiner Verhaftung führten, weil Verdunklungsgefahr vorliegt.

Herr Mervilius

Berlin, 4. Januar. Halbamtlich wird mitgeteilt: Richtig ist, daß Mervilius am 1. Dezember 1918 in das damals ins Leben gerufene Reichsverwertungsamt eintrat. Da über die Tätigkeit desselben im Reichsverwertungsamt in der Zeit vom 1. Dezember 1918 bis zum 1. März 1920 nur günstiges bekannt war, wurde er, da er mit allen Zweigen des komplizierten Rechnungswesens vertraut war und als durchaus zuverlässig angesehen wurde, übernommen in die Reichstreuhandgesellschaft als Leiter des Rechnungs- und Buchhaltungswesens. Aus Anlaß der in den letzten Tagen durch die Presse gegangenen, das Privatleben des Mervilius belastenden Mitteilungen, hat sich der Vorstand der Reichstreuhandgesellschaft veranlaßt gesehen, ihn sofort vom Dienste zu suspendieren und eine erneute, gründliche Kontrolle seiner Geschäftsführung zu veranlassen. Bisher haben die Ermittlungen nichts Belastendes ergeben.

Ein teurer Silvesterspaß

Karlsruhe, 3. Januar. Durch ein Silvesterschießen mit Sprengmunition wurde in der Nähe von Karlsruhe das Blitzseil — eine Hunderttvoltleitung des Murgwerkes — zerrissen. Hierdurch wurden sämtliche Kraftwerke in Baden stillgelegt. Karlsruhe, Mannheim, Unter- und Mittelbaden sowie die Rheinpfalz waren ohne Licht- und Kraftstrom.

Sturmflut

Hamburg, 3. Januar. Die Elbe ist infolge von Sturm und Hochwasser über die Ufer getreten und hat die Landungsanlagen an vielen Stellen überschwemmt, so daß die am Hafen gelegenen Kellerwohnungen unter Wasser gesetzt sind. Die Schiffe können wegen Sturmflut seit mehreren Tagen nicht aus der Elbemündung auslaufen.

Ueber den Untergang des Dampfers Fehmarn berichten drei Mann der Besatzung, die gerettet wurden und in Hamburg eingetroffen sind: Das Schiff geriet auf der Rückreise von England nach Hamburg in der Nacht zum Sonnabend 125 Seemeilen nördlich von Helgoland in einen furchtbaren Nordweststurm und erhielt schwere Schlagseite. Als das Schiff kenterte, sprang die 26 Mann zählende Besatzung ins Wasser. Drei Leute wurden vom Fischdampfer Körnlen und acht von einem englischen Dampfer gerettet. Der übrige Teil der Besatzung ist wahrscheinlich ertrunken.

Wintergewitter

Berlin, 3. Januar. Laut B. Z. entlud sich heute nacht über Hamburg ein sogenanntes Donnergewitter, das von heftigem Hagelschlag begleitet war. Auch aus Greifswald wird ein starkes Wintergewitter gemeldet. Dort schlug der Blitz in den Turm der Nikolaikirche und zündete.

Einbruch in der Königsgruft in Stuttgart

Stuttgart, 3. Januar. In der Nacht zum 2. Januar wurde in die Königsgruft eingebrochen und ein auf dem Sarkophag des Königs Wilhelm niedergelegter Lorbeerkranz, ein Geschenk eines österreichischen Regiments vom Jahre 1914, entwendet. Die Einbrecher haben die starken Eisengitter an dem in die Gruft führenden Lichtschacht zertrümmert, so daß sie in das Innere der Kapelle bzw. in die Gruft gelangen konnten. Von den Tätern hat man bis jetzt noch keine Spur.

Das Attentat in Dinkelsbühl

Dinkelsbühl, 3. Januar. Wie festgestellt ist, galt der Bombenanschlag in der Neujahrsnacht den Sicherheitsorganen der Stadt. An dem Aufkommen vieler Verwundeter wird gezweifelt. Einige von ihnen sind buchstäblich mit Eisenteilen gespickt. Die verhafteten neun Burschen gaben an, einen Racheakt gegen die Polizei geführt zu haben, die einen der ihrigen am Tage vorher verhaftet hatte. Die Untersuchung erstreckt sich auch darauf, ob es sich nicht um einen rein kommunistischen Anschlag handle.

Von einer Lawine verschüttet

Innsbruck, 2. Januar. Wie die Blätter melden, geriet der Universitätsprofessor Dr. Packhausen aus Pforzheim mit seinem Begleiter auf dem Sulzkofel gelegentlich einer Skitour am 31. Dezember in eine Lawine. Der Begleiter konnte sich in Sicherheit bringen. Rettungskolonnen sind an die Unfallstelle abgegangen.

Devisenkurse

Berlin, 4. Januar. (Amtlich.)

		4. 1. Geld	4. 1. Brief	3. 1. Geld	3. 1. Brief
Holland	100 Gulden	7042,95	7057,05	6969,—	6982,—
Dänemark	100 Kronen	3816,15	3823,85	3776,20	3783,80
Schweden	100 Kronen	4755,20	4764,80	4695,30	4704,70
Norwegen	100 Kronen	3001,95	3008,05	2992,—	2998,—
Helsingfors	100 fin. Mark	366,60	367,40	355,10	355,90
Schweiz	100 Frank	3726,25	3735,75	3651,30	3658,70
Wien (deutschösterr. abgest.)	100 Kronen	6,68	6,72	6,78	6,82
Prag	100 Kronen	306,65	307,35	284,70	285,30
Budapest	100 Kronen	31,56	31,64	31,66	31,74
Spanien	100 Peseten				
Brüssel-Antwerpen	100 Frank	1478,50	1481,50	1451,—	1454,—
Italien	100 Lire	809,15	810,85	804,15	805,85
London	1 Pfd. Sterl.	809,15	810,85	791,70	793,30
Neuyork	1 Dollar	193,30	193,70	187,81	188,19
Paris	100 Frank	1543,45	1546,55	1518,45	1521,55
Buenos Aires	1 Peso	64,15	64,85	62,65	62,85

Polnische Noten 7,—.

Vom Devisenmarkt

Eigene Drahtmeldung

rs. Berlin, 4. Januar. Am Devisenmarkt ist die Stimmung weiter abwartend. Die Unklarheit über die politischen Beschlüsse, die in Cannes gefaßt werden sollen, veranlaßt die heimische Spekulation, sich einstweilen noch zurückzuhalten. Es liegen Kaufaufträge in großem Umfange vor, von denen ein bedeutender Teil aus dem Ausland stammt. Aus Italien, wo eine reguläre Entwicklung des Devisenmarktes nicht mehr möglich ist, sind zur Abdeckung von Engagements bedeutende Aufträge nach Berlin gelangt. In gleicher Weise benutzen auch die Balkanstaaten, die bisher ihre Regulierungen über Mailand oder Rom laufen ließen, den Berliner Markt und außerdem die Prager Börse. Auf dem Effektenmarkt hat die außerordentliche Kaufneigung, die an der gestrigen Börse zutage getreten ist, auch heute angehalten. Bei den Banken sind im Laufe des heutigen Vormittags zahlreiche Orders eingegangen, die überwiegend Kaufaufträge darstellen. Dementsprechend ist auch die Tendenz im freien Verkehr vorläufig ausgesprochen fest.

Wasserstände der Moldau, Iser, Eger und Elbe

	Meßort	2.	3.
Moldau	Budweis	— 16	+ 20
Moldau	Modran	— 34	— 20
Iser	Jungbunzlau	+ 20	+ 210
Eger	Laun	— 9	+ 234
Elbe	Pardubitz	— 64	— 45

Meßort	2.	3.
Brandeis	+ 10	+ 82
Melnik	— 20	— 16
Leitmeritz	— 4	+ 2
Aussig	+ 24	+ 16
Dresden	— 121	— 71

Werde Mitglied der Sozialdemokratischen Partei

Wahl der Vertrauensmänner und Ersatzmänner für die Angestelltenversicherung.

Die Bekanntmachung über die Ende Dezember 1921 veröffentlichten Vorschlagslisten zur Wahl am 8. Januar 1922 wird dahin abgeändert, daß es heißen muß:

1. Aus den Angestellten.
Liste A: Vorschlagsliste des Gewerkschaftsbundes deutscher Angestelltengewerkschaften (früher: Vorschlagsliste des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes).

Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt, am 3. Januar 1922. [b 270]

Sparkasse Cossebaude

Verzinsung der Einlagen mit 3½ %

S. P. D. Dresden-Altstadt, Gruppe 4.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Genosse
Robert Hähnel, Schmied
verstorben ist. — Ehre seinem Andenken!
Die Einäscherung findet Donnerstag mittag 12 Uhr im Krematorium statt. **Der Vorstand.**

Heute verschied nach kurzer, schwerer Krankheit mein über alles geliebter Gatte, mein treuer Vater, unser lieber Schwiegersohn, Schwager, Bruder und Onkel,
Herr **Friedrich Heinze.**
In tiefstem Schmerz:
Else Heinze geb. Kunze. Erwin Heinze.
Die Einäscherung erfolgt Freitag mittag 1 Uhr im Krematorium zu Tolkewitz. [b 151]

Heute früh 2 Uhr verschied nach langem Leiden unsre herzensgute Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante, Fräul. **Meta Hasse** im Alter von 38 Jahren. [m 300]
Dr.-Pieschen, Moritzstr. 26, 3. Jan. 1922.
Anna verw. Hasse
im Namen aller Hinterbliebenen.
Die Einäscherung findet Sonnabend, nachm. 3 Uhr, im Krematorium zu Tolkewitz statt. Blumenschmuck wird dankend abgelehnt.

Uebernahme und Besorgung sämtlicher Bestattungsangelegenheiten
durch die Neue Dresdner
Beerdigungs-Anstalt „Concordia"
Otto Lamprecht & Co., G. m. b. H.
Obergraben 19, Fernruf 13968 — Reitbahnstr. 3, Fernruf 13514
Nach dem hiesigen Bestattungstarif betragen die Gesamtkosten bei

	Erdbestattung	Feuerbestattung
in Klasse 1 etwa	ℳ 4280.—	etwa ℳ 2753.—
„ 2 „	2456.—	2088.—
„ 3 „	1668.—	1558.—
„ 4 „	1268.—	1179.—

Auskünfte und Anschläge kostenlos.

Autogen-Schneider

für Arbeiten, durchaus perfekt, sof. gesucht. Zu melden
[b 1529] **Waltherstraße 16.**

Maschinen-Meister

für Blechdruckschnellpressen stellen wir sofort ein und bitten um Angebot mit Bild:
Berlin-Burger Eisenwerk Akt.-Ges. Abtl. Vierling-Werke, Heidenau-Nord, Bez. Dresden. [b 451]

Metalldrücker

für größere Messingkörper in dauernde Beschäftigung sofort gesucht. [m 822]
Fuhrmann & Drösler
Dresden-N. 21, Wittenberger Straße 91.

Tüchtiger Galvaniseur

für sofort gesucht.
Aktien-Gesellschaft vorm. **Seidel & Naumann**, Dresden, Hamburger Straße 19. [1299]

Tüchtige Maschinen- u. Bauschlosser
auch solche, die sich für Montage eignen, in dauernde Stellung gesucht. **Edmund Kiepsch**, Maschinenfabr. Coswig (Sachsen). [b 1585]

Anlegerin für Bogenfalzmaschine
Geübtes Buchbinder-Mädchen
für autom. Falzmaschine
Handfalzerin und Bogenkleberin
Geübte Buchbinder-Mädchen
sucht dauernd
Carl Anton Müller, Großbuchbinderei
Winckelmannstr. 9.

Stenotyp.- und Handelskurse, Sonderkurse für Herren und Damen mit höh. Schulbildung.
Abteilung für Fortbildungspflichtige [b 627]
Rackow, Altmarkt 15.

Hutarbeiter
geübt auf Streichen und Heben von Damen- und Eisenhüten, nur guter Arbeiter, gesucht.
Hutfabrik Hesse & Co., Plauener Str. 15.

Tüchtige **Maschinenschlosser** sucht [1286]
Otto Hänsel
Maschinenfabrik
Birkigt-Dresden.

Billige Federboas, nur . 6 M
H. Straußfederboas . . 80 M
Federpelzkragen . . . 36 M
„ (Gebas . . . 85 M
Straußfedern. 3, 5, 10, 25 M
Flügel . . . 2, 5, 10 M
Reiher, echt u. imit. 15, 25, 50 bis 300 M.
Ball-, Hut-, Vasen- u. Kranzblumen, Laub, Boas u. Girlanden, Blumenpapier, Draht, Schleifen, Halme, Gräser, Gold- u. Silberkränze, Ranken, Ampeln, Palmen usw. immer am billigsten bei **M. Hesse**, Scheffelstr. 12, part. 1.–4. Etg.

DMV DEUTSCHER METALLARBEITER VERBAND
Schützenplatz 20, Telephon: 14079 — Verwaltungsstelle Dresden und Umg.
Büroarbeit: 9–1, 1½–6 Uhr, Sonnabends 9–2 Uhr

Heizungsmonteure, Gas- u. Wasserinstallateure u. Helfer.
Sonnabend den 7. Januar 1922, nachmittags 5 Uhr in den Annensälen (kleiner Saal), Fischhofplatz
Branchen-Versammlung.
Tagesordnung: Tarifangelegenheiten. [b 439]
Die Ortsverwaltung.

SPD. 4. Unterbezirk
Parteisekretariat: Telephon 28261 — Dresden-Altstadt, Wettinerpl. 10, Zim. 11

Dresden-N., Gruppen 1—6. Freitag, abends 8 Uhr, in den bekannten Lokalen:
Gruppenversammlungen.
Vorstandsbericht. — Vortrag. — Erscheinen aller ist Pflicht.

Bezirk Trachenberge. Freitag, abds. 8 Uhr: **Mitglieder-Versammlung** im Vereinsheim Ranch. **Vortrag** des Genossen Redakteur **Bombach** über: „Die Hausfrau der Zukunft".

Bezirk Pieschen. Freitag, abends 8 Uhr, in Richters Restaurant: **Sitzung.** Vorstandsbericht. — Parteiangelegenheiten.

Bezirk Mickten. Freitag, abends 8 Uhr, im Ratskeller: **Sitzung** mit wichtiger Tagesordnung. Punkt 7 Uhr: **Verwaltungssitzung.**

Bezirk Radebeul. Sonnabend, abds. 6 Uhr in der **Goldenen Krone: Weihnachtsfeier**, veranstal. v. d. Frauengruppe. Die Kinder sind mitzubringen.

Bezirk Loschwitz. Freitag, abends 8 Uhr, Forsthaus: **Wichtige Gruppensitzung.** Erscheinen aller ist unbedingt notwendig.

Gelegenheitskauf!
Habe noch einige **neue Anzüge** billig abzugeb.
Prasch, Pillnitzer Str. 47
Eingang Grunaerstr.

Emaille
Fabrikat Eschebach und andere gute Marken.
Aluminium
Sommer & Seupke
Hauptstraße 8, Ecke Albertplatzschen.

Schlüpfer
Ulster, Anzüge
Joppen und Militär-Mäntel, Hosen, Blusen, neu u. wenig getrag., sowie **Möbel, Betten** preiswert zu verkaufen
Gr. Brüdergasse 9, I.
Kunden von auswärts vergüte Fahrt. [1431]

Haarnetze
für Wiederverkäufer.
Frau Emma Schunf, Schulplatz, Meißner Straße
40 [illegible] **40**

Künstlerhaus, Sonntag, 8. Jan., Beginn 6 Uhr
Weihnachts-Zither-Konzert
vom Zither- u. Mandolinenverein „Neu-Gut Klang" und Müllerleins Zitherschule
Mitwirkende: Frl. Johanna Protze (Lieder zur Laute). — Karten zu M. 2.50, 4.00, 5.00 u. St. in allen Musikgeschäften, im Künstlerhaus und Pfotenhauerstraße 10, III. [b 260]
Nach dem Konzert: Vereinsball.

Heute Mittwoch zweimal SARRASANI
Nachm. 3 Uhr. Abends 7.15 Uhr.
Nachmittags **Kinder- und Familienvorstellung.** Halbe Preise für Kinder. Nachmittags ungekürztes Programm.
Vorverkauf: Circuskasse und Residenz-Kaufhaus (ohne Aufschlag). [b 688]

Weißer Adler Kurhaus Loschwitz
Straßenb. 11, 18, 1 u. Drahtseilbahn.
Jeden Donnerstag der beliebte **Gesellschaftsball. (Reunion)**
Kurkonzert! Ball! Anfang 6 Uhr! Nach Schluß Sonderwagen
Großes Wiener Orchester

Ball-Anzeiger

für Donnerstag den 5. Januar:

Elysium, Räcknitz Endstation Linie 6 Str. 1 u. 16 (Bergstr.)
Gute Diele. Gute bill. Weine.

Goldne Krone Strehlen, Haltestelle Linie 9. Neu! **Herren- und Damen-Ball.**

Hollacks Etablissem. Königsbrück. Str. 10 **Künstler-kapelle.**

Palmengarten

Annensäle Fischhofplatz 10.
Anfang 6½ Uhr **Heute** Anfang 6½ Uhr
der so viel beliebte feine [b 1582]
Mittwochsball
Musik phänomenal :: Versäume niemand

Fischhaus
Dresden-A., Große Brüdergasse 17.
Ab 5 Uhr:
Hauskapelle Kawan
Anerkannt vorzügliche billige Speisen und Getränke. Spezialität: **Fischkost.** [b 552]
Jeden Donnerstag: **Großes Schlachtfest.**

KAMMER-LICHT-SPIELE
WILSDRUFFER-STRASSE 29
FERNRUF-17060

Der Roman eines Dienstmädchens

Unfall oder lebensmüde?
Der Oberkellner als Don Juan
Ein Drama aus der Großstadt von heute
6 Akte

Frau v. Birthal	Olga Engl	Frl. Olga Ziesemack	**Marg. Kupfer**
Herbert } ihre Kinder	Ernst Pröckl	Ihr Sohn Karl	**Reinh. Schünzel**
Effi } ihre Kinder	Leo Hardy	August Kille	Leonh. Haskel
Der Diener Franz	Arnold Korff	Mister Brown	Karl Huszar
Die Köchin Marie	Mizzi Schütz	Lia de Pau	**Trude Hesterberg**
Die Zofe Klara	**Erika Glässner**	Ein Bildhauer	Emil Birron
Hausmädchen Anna	**Liane Haid**	Ein Beamter	Karl Platen
Ernst von Olten	Karl Geppert	Ein Herr a. d. Provinz	Eugen Rex

Alleiniges Erstaufführungsrecht für Dresden
Der Film [b 365]
der in allen Städten den **größten Erfolg** in dieser Saison zu verzeichnen hat.
Wochentags ab 4 Uhr. Sonntags ab 2½ Uhr.
Ab morgen Donnerstag!

Prunksaal Grüne Wiese
Linie 12 Donnerstag ab 6 Uhr **Gruna**
Großer Damenball
Hochachtungsvoll **Max Herbach und Frau.**

Vorzügliche Deutsche Edel-Schokoladen
Manss, Richter & Kuntz
Niedersedlitz b/Dresden.
Zu haben in allen einschlägigen Geschäften. [b 383]

1922 Einladung zum 1922
Kosmos-Abonnement
(Gesellschaft der Naturfreunde)
Mit Jahresanfang beginnt ein neues Abonnement auf den Kosmos und bitten wir, Bestellungen darauf bald aufzugeben. Bei der Bestellung ist zu beachten, ob der Kosmos mit gebundenen oder broschierten Buchbeilagen geliefert werden soll. Auch die bisherigen Abonnenten wollen, falls Abonnement 1922 weiter erwünscht, Bestellungen neu aufgeben. — Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung, Dresden
Wettinerplatz 10, und ihre Filialen:
Geroksraße 57, Schandauer Straße 9b, Königsbrücker Straße 3 und die Zeitungsausträger
Volksbuchhandlung in Zittau, Frauentorstr. 27
Volksbuchhandlung in Bautzen, Kornstraße 14
Volksbuchhandlung in Freiberg, Kesselgasse 2.

HORAK

Schloßstr. 17, Freiberger Platz 18
Pillnitzer Str. 55, Hauptstr. 34
Alle Geschäfte sind geöffnet von 8–1 und 3–7 Uhr.

Weizenmehl 4.20 garant. rein, 65–70 % ausgemahl., b. 1–10 Pfd.
Haferflocken Paketware bei 1 bis 10 Pfd. **4.20**
Reis feinster Rang.-K.-Vollreis b. 1–5 Pfd. **5.20** — Speise-Reis b. 1–5 Pfd. **4.20**

Ferner empfehle ich mein reichhaltiges Lager in: **Frisch gerösteten Kaffees, Tee, Kakao, Rosinen, Mandeln und andern Kolonialwaren.** — Alles nur prima Qualitätswaren. [1365]

Bestellungen auf die Dresdner Volkszeitung
sowie sämtliche Parteiliteratur, Aufträge von Inseraten, nimmt entgegen
A. Starke, Heidenau-N., Dresdn. Str. 63 R
an der Reichskrone.

Sonderangebot!
Ein Posten
Ia Gänse
— auch geteilt —
Pfd. nur 13.00 ℳ
solange Vorrat reicht.
P. Bernet
Abt. Wild und Geflügel
Webergasse 21 — Tel. 21845. [451]

Achtung, Obstkahn!
wieder am Terrassenufer, am Ausgang der Münzgasse.
[b 1528] **Hermann Manteufel.**

Große, dunkel Eiche Kredenz, Ausziehtisch, 4 Stühle, auf 2800 M. moderne dunkle Kredenz Büfett, Ausziehtisch, 4 Stühle, auf 2800 M. verkauft **Menzer**, Kesselsdorferstraße 8. [1539]

Billige Kostümröcke

gelangen ab heute zum Verkauf!

Serie I: **Strapazier-Röcke** aus Zwirnstoff **49.50**	Serie II: Schwarze **Strapazier-Röcke** **55.00**	Serie III: **Rock** mit Taschen- und Tressen-Garnitur **75.00**
Serie IV: **Dunkelblauer Rock** in verschiedenen Ausführ. **95.00**	Serie V: **Cheviot-Rock**, Seit.-Falt., auch Gabardine., m. g. Ausf. **135.00**	Serie VI: **Tuchröcke** in versch. Farben, moderne Form **150.00**

Nur 1. Etage — Kein Laden.
Scheffelstraße 17
Birnberg & Co.
Nur 1. Etage — Kein Laden. [1 365]

Pelz-waren
Carl Dreier
Wettinerstr. 38
I. Stock [b 117]

Spülapparate
Klysos, Duschen, Spülkannen, Schläuche, Unterlagen, Leibbinden, Monatsgürtel, Vorfallbinden, Kissenkissen
Fr. Heusinger
Jüdenhof 3 [1244]
nahe Neumarkt u. Altmarkt.

Harnröhren-leiden beiderlei Geschlechts empfehle bei Katarrh u. ähnlichen Erkrankungen der Harn- u. Blasenorgane als bestbewährt „**Coba**", hergestellt nach deutschem Reichspat. Schutz, meist bei eigener Wirksamkeit durch „**Coba-Tee**". Hauptdep.: Mendel Apoth. Wilsdruffer Str. 31.

Der Zukunftsstaat
Produktion und Konsum im Sozialstaat.
Volksbuchhandlung

Ein Jahr sächsischer Politik

II.

Das Kultus- und Unterrichtsministerium war sonders durch eine Anzahl brennender Kirchen- und Schulfragen Anspruch genommen, die durch die neue Reichsverfassung und e veränderten politischen Verhältnisse aufgeworfen sind. Diese inge waren auch in starkem Maße Gegenstand der öffentlichen iskussion, die ihre Wellen bis in den Reichstag schlug. Die geanten oder durchgeführten Maßnahmen stießen meist auf heftigen iderspruch in bürgerlichen, kirchlichen und politisch rechtsstehenden reisen. Das trat z. B. in Erscheinung bei den inzwischen verschiedenen Gesetzen über das Steuerrecht der Religionsgesellschaften, Trennung des Kirchen- vom chuldienst. Wichtig sind auch die Gesetze über Aufhebung r Schulgemeinden und die Schullastenverteilung auf die Jahre 1920 und 1921. An kleineren Vorlagen wurn noch verabschiedet die Gesetze über das höhere Mädchenildungswesen und die Gemeinschaftserziehung den Seminaren.

Schon längere Zeit in Vorbereitung sind umfängliche und chtige Vorlagen über die endgültige Regelung der Uebernahme r persönlichen Schullasten auf den Staat vom 1. April 22 an und das in Betracht kommende Gesetz über die Lehrerildung. Dieses bringt eine völlige Umgestaltung des öheren Schulwesens nach vereinfachten und modernen rundsätzen mit sich. Sehr kompliziert wird die Sache dadurch, ß das Verhalten des Reiches stark mit in Betracht kommt. In achsen sind — als dem einzigen von allen größeren Ländern des eiches — die Vorbereitungen soweit gediehen, daß nun die gesetzberischen Aktionen durchgeführt werden könnten. Mit dem Abau der Seminare wird Ostern 1922 begonnen, in einer eihe von Fällen werden mehrere jetzt bestehende höhere Schulen einer verbunden. In diesen Tagen wird das wichtige und reichtige Material zur Lehrerbildungsfrage, das im Ministerium verbeitet wurde, an die Unterrichtsministerien der andern Länder rschickt, um auf diese Weise die Sache anregend zu fördern. — um sogenannten Schuldualismus hat das Kultusministeum bereits seit dem Sommer eine Denkschrift fertig, die dem andtag überreicht wird, sobald die Erörterungen mit dem Wirtaftsministerium darüber abgeschlossen sind.

Große Aufmerksamkeit wurde auch der nunmehr obligaorischen Mädchenfortbildungsschule gewidmet, um rm dagegen sich bemerkbar machenden Widerstande durch geeignete Maßnahmen zu begegnen. Die Ernennung von Bezirksschulräten geschah unter dem Gesichtspunkt, auch von oben her mornen, fortschrittlichen Geist in das Schulwesen zu bringen. Das ehaltsamt machte schwere Sorgen und brachte viel Unnehmlichkeiten. Die Einrichtung ist an sich gut, aber sie wurde was zu überhastet und nicht genug vorbereitet vom vorigen Miister eingeführt. Dazu kamen die großen Schwierigkeiten wegen r fortwährenden Veränderungen der Besoldungsverhältnisse. nmehr ist aber ein System gefunden, das stabile Verhältnisse rspricht.

In 22 Nummern des Verordnungsblattes des Ministeriums urden 209 Verordnungen erlassen außer den an Zahl ch häufigeren, die nicht abgedruckt sind und oft sehr kritische Verältnisse betrafen, die langwierige Erörterungen und Untersuchunen erforderten. Es sei nur an den Konflikt in Pöhl zwischen nem Lehrer und kirchlichen Kreisen sowie an den Schulstreik n Plauen erinnert. Aehnliche Fälle haben sich auch anderwärts reignet. Von den gedruckten Verordnungen, die teilweise heftige ebatten in der Presse, in Versammlungen und im Parlament uslöften, mögen folgende erwähnt und in Erinnerung gebracht ein: Erklärung der Eltern über Erteilung von Religionsunterricht, Teilnahme von Schülern an irchlichen Handlungen und Feiern, Beseitigung der Vorrechte der Kirche auf den Friedhöfen, keine eeinträchtigung der Schule durch Konfirmanunterricht. Ferner: Berufsberatung in der Oberstufe der Volksschule nach der Methode des Arbeitsunterrichts; Bekämpfung r Tuberkulose in der Schule; keine Osterprüfungen an höheren Schulen; Gesamtunterricht ohne besonderen Religionsunterricht auf r Unterstufe der Volksschule; über Religionsfreiheit zum Schutze r Lehrer gegen kirchliche Zumutungen; über Aufgaben, Befugiisse und Wahl der Elternräte; Schulwanderungen zu Unterrichtszwecken; Schulgelderleichterung an höheren Schulen; Erhebungen über gewerbliche Kinderarbeit; Verbot von reaktionären Veranstaltungen in Schulgebäuden (Anlaß der Fall in Chemnitz am 2. September); freiere Gestaltung des Unterrichts in höheren Schulen.

Eine sehr eingehende Aussprache über wichtige Schulfragen fand in der Jahresversammlung der Bezirksschulräte statt, die unter Vorsitz des Ministers tagte, der auch Gelegenheit nahm, den Herren seine Anschauungen zu entwickeln und den Schulräten ans Herz legte, diesen Intentionen zu folgen. Die in der Versammlung von den Referenten aufgestellten Leitsätze haben den vollen Beifall der schulfortschrittlichen Oeffentlichkeit gefunden. — Mehrfach war gegen beabsichtigte Umgehungen der Gesetze durch Privatschulen vorzugehen. Die Zulassung von einigen in Bayern gemaßregelten, nach ihren Zeugnissen aber tüchtigen Lehrern zum Schuldienst in Sachsen fand nicht den Beifall rechtsstehender Kreise. — Bei und vor Erledigung aller wichtigeren schulischen Fragen stand das Ministerium in reger Verbindung mit den in Betracht kommenden fachlichen Organisationen. Dringend ist die Reform des höheren Schulwesens. Aber der Aufgaben sind zu viele und große, daß nur durch organische Aufbauarbeit zum Ziele zu kommen ist. Die Frage der Lehrerbildung bringt, wie bereits bemerkt, auch auf diesem Gebiet die Sache mit in Fluß. In einigen Fällen wurde durch Verordnung gegen Lehrer an höheren Schulen eingeschritten, die sich durch antirepublikanisches Verhalten im Schulbetrieb hervortaten, das scharfe Mißbilligung fand; für den Wiederholungsfall wurde Maßregelung in Aussicht gestellt. Geklagt wird vielfach über den Hakenkreuzunfug. In den nächsten Tagen wird deshalb eine Verordnung herauskommen, die das Tragen von Abzeichen politischer Gruppen und Parteien in allen Schulen, auch in den Hochschulen, verbietet. — Einem Beschluß des Gesamtministeriums entsprechend wurde durch Verordnung bestimmt daß alle königlichen Hoheitszeichen, Büsten, Bilder in und an dem Ministerium unterstehenden Räumen und Gebäuden zu beseitigen sind.

Der Minister hat wiederholt erklärt, daß der kirchliche Einfluß in den Schulen möglichst restlos verschwinden müsse. Verschiedene Maßnahmen dieser Art machten sich nötig und wurden konsequent durchgeführt. Letzthin hat das Verbot an den katholischen Bischof, den Religionsunterricht in den Schulen zu kontrollieren, großen Staub aufgewirbelt. Es ist im allgemeinen aber auch auf diesem Gebiete nicht so vorwärts zu kommen, wie es erwünscht ist, weil das Reich mit dem nach Art. 138 der Reichsverfassung nötigen Rahmengesetz über Trennung der Kirche vom Staat noch immer zögert. In allen diesen Fällen, die solche Gesetze zur endlichen Durchführung der Reichsverfassung in Kultur- und Bildungsfragen erfordern, ist von Sachsen wiederholt und energisch beim Reich schriftlich und mündlich gedrängt worden. Gesetzgeberisch werden diese Dinge inzwischen in Sachsen vorbereitet. — In den Haushaltplan wurden im Bereich des Ministeriums die Einstellungen wesentlich erhöht. Den Bedürfnissen entsprechen sie freilich bei weitem noch nicht.

Fortwährende Erörterungen erheischen die Verhältnisse an den Staatstheatern. Das Problem ist: die künstlerische Höhe der weltberühmten Institute mindestens zu erhalten, zugleich aber die Belastung der Staatsmittel zu verringern. Hier ist dem neuen Intendanten eine große Aufgabe gestellt. Die Lösung bedarf einer gewissen Entwicklung, wenn sie überhaupt möglich ist. Wegen der Volksvorstellungen ist seit kurzem mit der neu ins Leben gerufenen Volksbühne ein Abkommen getroffen. Ein schwacher Trost ist, daß bei allen andern gleichwertigen Staatstheatern dieselben mißlichen Verhältnisse bestehen, für die die Künstlerschaft leider nicht immer das rechte Verständnis zu haben scheint. Das ist ein weiteres erschwerendes Moment.

Erwähnt sei schließlich noch, daß eine sehr große Anzahl von Anträgen, Wünschen und Beschwerden direkt an den Minister gerichtet und in entsprechender Weise erledigt wurde, und daß eine Reihe wichtiger Angelegenheiten im Ministerium im Werden ist, auf die hier schon des Raumes wegen nicht näher eingegangen werden kann.

Bezirk Ostsachsen

Alle Unterbezirke des Bezirks Ostsachsen haben der Beitragserhöhung zugestimmt. Der Bezirksvorstand hat deshalb beschlossen, die Bezirkskonferenz am 8. Januar ausfallen zu lassen. Die Einladungen für obengenannte Konferenz sind dadurch ungültig. Die Unterbezirksleitungen sind durch Rundschreiben in Kenntnis gesetzt worden.

Der Bezirksvorstand.

Sächsische Angelegenheiten

Gesunder Schlaf

Die sozialistische Thüringer Regierung hat kurz vor Ablauf des alten Jahres die Behörden aufgefordert, ihren vorgesetzten Dienststellen anzuzeigen, ob sich an oder in ihren Dienstgebäuden noch Hoheitszeichen und Bezeichnungen der monarchistischen Gewalt befinden, warum die Beseitigung dieser Anschriften und Hoheitszeichen bisher unterblieben ist und wie hoch sich die Kosten ihrer Beseitigung belaufen würden. Dazu schreibt der Kämpfer vom 31. Dezember:

„Solche Zustände wie in Thüringen, herrschen auch in Sachsen. Wir haben von einem energischen Kampf der sächsischen Regierung gegen den Monarchismus und die monarchistischen Erinnerungen in den Amtsstuben noch nichts gehört. Und wir haben in Sachsen einen unabhängigen Innenminister!"

Die Redaktion des Kämpfers muß die letzten Monate vollkommen verschlafen haben, sonst müßte sie wissen, daß unterm 12 Oktober 1921 eine entsprechende Verordnung des sächsischen Ministeriums des Innern ergangen und nicht allein in dessen Verordnungsblatt, sondern auch in der Tagespresse bekanntgegeben und später mehrfach angezogen worden ist. Wenn die Redaktion des Kämpfers ausgeschlafen hat, liest sie vielleicht die Verordnung einmal nach. Das gleiche mögen auch die übrigen kommunistischen Blätter tun, die dem Kämpfer nachgebetet haben.

Der sächsische Arbeitsmarkt am Jahresschluß

Nach dem Wochenbericht des Landesamtes für Arbeitsvermittlung für die Woche vom 25. bis 31. Dezember 1921 kann die Lage des Arbeitsmarktes im allgemeinen noch als günstig bezeichnet werden; trotzdem mehren sich die Anzeichen einer Verschlechterung. Der Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitskräften besteht fort. In den Ziegeleien ruht allgemein die Tätigkeit. Voll beschäftigt sind die Freiberger Hüttenwerke, die Glasfabriken und die Porzellanfabrik ebenso die Meißner Ofen- und Porzellanindustrie. Die Metallindustrie zeigte im allgemeinen dasselbe Bild der Vorwochen. Gesucht werden: jüngere Gürtler, Kastenbauer für Karrosserie, Dekor- und Handspritzer, Metallformer und Luxuswagenlackierer, Eisendreher, Autoschlosser, Metalldrücker, Kotflügelklempner, Feinmechaniker, Schnitt- und Stanzenbauer für Blockschnitte Gürtler, Graveure, Schweißer, Schlosser, Stoßer, Gußputzer, Monteure und geübte Maschinenarbeiterinnen. Die Vermittlungstätigkeit flaute in Dresden und Chemnitz ab. Auch die Textilindustrie ist noch gut beschäftigt, doch scheint der höchste Beschäftigungsgrad überschritten zu sein. Leipzig verlangt noch Baumwoll- und Kammgarnweberinnen. Gering war die Vermittlungstätigkeit im Leipziger Buchbindergewerbe. Im Sattler- und Tapezierergewerbe ließ die Nachfrage nach Arbeitskräften nach. Im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe stieg die Zahl der Arbeitslosen nach Beendigung der Weihnachtsaushilfen. Weitere Entlassungen erfolgten in der Tabakindustrie in Döbeln, Waldheim und Hartha und in der Dresdner Zigarettenindustrie. Schneider, Kürschner und Mützenmacher waren weiter gut beschäftigt. Dagegen stieg die Zahl der arbeitslosen Schuhmacher. Dresden hat noch Bedarf an Strohhutnäherinnen. Die Bautätigkeit kann mit Rücksicht auf die Jahreszeit als günstig bezeichnet werden. Im Handelsgewerbe ist die Lage unverändert. Das verlangte jüngere Personal kann nicht gestellt werden, während ältere Kaufleute kaum unterzubringen sind. Im Gastwirtsgewerbe brachten die Feiertage eine vorübergehende geringe Besserung. Mangel herrscht ständig an Köchinnen, Haus- und Küchenmädchen.

Der sächsisch-böhmische Grenzverkehr

Wie wir kürzlich berichteten, haben die tschecho-slowakischen Grenzposten wiederholt, namentlich in der Zittauer Gegend, die sächsischen Tagesausweise im Grenzverkehr nicht anerkannt. Wie wir hören, sind von der Regierung Schritte eingeleitet worden, um auf diplomatischem Wege Abhilfe zu schaffen und eine Anerkennung der sächsischen Ausweise herbeizuführen.

Die Zustände in Zwickau

Wir teilten kürzlich mit, daß Zwickau durch die Ungültigkeitserklärung der Stadtverordnetenwahlen zur Zeit ohne Stadtparlament sei. In der Abschiedssitzung der alten Stadtverordnetenversammlung wurde nun mit den 18 bürgerlichen gegen die 16 sozialistischen Stimmen beschlossen, daß bis zum endgültigen Entscheid des Ministeriums über den Rekurs die bisherigen Ausschüsse zu den Ratssitzungen heranzuziehen und gutachtlich zu hören sind. Bei einer erforderlich werdenden Neuwahl werden die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei, die Demokraten und das Zentrum nach getrennten Listen wählen.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Die Maul- und Klauenseuche wurde am 31. Dezember im Freistaat Sachsen in 84 Gemeinden und 95 Gehöften amtlich festgestellt, gegen 47 Gemeinden und 74 Gehöfte am 30. November 1921. — Der Burgstädter Bürgermeister Dr. Roth erklärt im Burgstädter Anzeiger, er habe gegen das in der Pahangelegenheit ergangene Urteil Berufung eingelegt und erwarte, da er reinen Gewissens nach wie vor seine Schuldlosigkeit versichern und beweisen könne, einen andern Urteilsspruch. Er bitte die Bürgerschaft daher, mit ihrem Urteile über diese Sache bis dahin zurückzuhalten. — In Meißen ist am Sonntag früh ein etwa 25 Jahre alter Unbekannter von der Elbbrücke in den Strom gesprungen und ertrunken, bevor ihm Hilfe gebracht werden konnte. — In Sohland a. d. Spree soll ein neues Postgebäude errichtet und auch der Bahnhof umgebaut werden. — Der Protest der Studenten des Technikums in Mittweida hatte Erfolg. In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde mitgeteilt, daß die kürzlich beschlossene Fremdensteuer, wonach ein jeder Student täglich 1 M. Fremdensteuer zahlen sollte, zurückgezogen worden ist. Um den Ausfall, der durch die Aufhebung der Fremdensteuer entstanden ist, zu decken, wird die städtische Gewerbesteuer um 50 Prozent erhöht.

Schluß

Die Steinfeldbauern

Roman von Valentin Traudt

„Jo, wie der Bauer die Klöß ißt."

Der Bote lachte und ging mit diesem Worte.

„Du, mei Marie!"

„Felshofer!"

„Süß Mädche du!"

„Böser Bub!"

Nachher saß er bei ihr in der Küche und studierte den Brief.

„Wann's so weiter geht, Marie, dann is das erst Jahr ei gutt's! Mer hade jetzt schon für 'n Felshof dreitausend Mark auf der Seit. Un das mein ich nu schon, Marie, kommt dem Iller sei Feld zum Verkauf, dann kauf ich's. Der Felshof soll auch 'n Hof sei! Ich mein, wann's ging, sollt mer s ganze Steifeld kaufe?"

„Jo, jo, Lorenz," und dabei lachte sie aus vollem Halse, „un überall müßte in der Sonn braune Bube springe un lustige Mädercher singe, un die müßte all, all, all mei sei."

Sie rückte dicht an ihn.

„Un dann möcht der Steibruch Steibruch sei, wann's ganze Steifeld uns wär! Die Bauern im Dorf, Marie, habe meiner Seel doch recht, wann se net zu uns in 'n Bruch komme wolle. Se werde Knecht drin. Nur ei Kühche vorm Pflug, un ei Aeckerche im sein eigner Herr! — Aber's geht net, 's geht net, jetzt net mehr, Marie. Selbst schuld sein aber die Mensche dra, weil se so viel Firlefanz nötig habe. Ei Weib un ei Hütt, ei Wasser un ei Brot — das wär genug."

„Daß doch das, Lorenz. D' weißt selbst, daß 's nix vor dich wär. Das wär d'r z' gering."

„Oh, Marie! Ei Weib is mer alles!"

„Ich aber, du böser Bub!"

Und sie fiel ihm um den Hals und küßte ihn heiß.

„Is der das genug?"

Ihre Augen flackerten bei dieser Frage.

„Gewiß!"

„Mir net! — Aber 's kommt schon! — Immer mehr, immer mehr muß komme."

Er entwand sich ihr.

„Un d' hast recht, Marie! Der Mensch, das hab ich mer tausendmal gedenkt, muß immer was vor sich habe, was 'm Kraft abverlangt. So hab ich ei Weib, so will ich 's ganze Steifeld unter mein Pflug kriege."

„Ach," entgegnete sie, „un nie mal in die Stadt wie der Willem, der so viel von der Stadt erzählt?"

„Nie nett!"

Und er schlug auf den Tisch.

„Un das is recht so! Un kei Bub net kommt erab vom Steifeld, Lorenz. Hier solle se sich abrackere un den Fels zwinge."

Ohne Anklopfen trat einer herein, der ganz grau im Gesicht war und einen zerrupften Bart hatte.

„Herrgott!"

Die Felshoferin sprang auf.

„Was dann, Marie?"

„Ei, der Quellmoser. Gott sieh mer bei."

„'s is 'r net mehr, Marie. — Das is vorbei. — Mei Bub wollt ich sehe."

„Was?"

Mit funkelnden Augen fuhr Lorenz hoch.

„Dein Bub? — D' hast kein'n."

Ein Zittern überfiel die Felshoferin.

Lorenz schob den wankenden Mann langsam zur Tür zurück.

„So kommt alles z'samme, Spaß un Ernst!"

„Aber d' bist der Kerle davor. — Un net, zu Micheli is die Hochzeit? Jetzt mußt d' mich halte."

„Jo, wann der Steibruch ruht."

Mit Unbehagen und heimlichem Grimm hatte der Quellmoser gesehen, daß seine Nachbarn während des letzten Jahres vorwärts gekommen waren.

Und drüben am Wald das verfluchte Forsthaus!

Das war jetzt schon kein Leben mehr auf dem Steinfeld. Arbeit und Plage ist kein Leben!

Und als auf dem Felshof die Hochzeit war und die letzten Gäste in der Frühe heimgehen wollten, da sahen sie, als das Licht der Laterne über den Hof huschte, an dem Haken neben der Stalltür einen Mann hängen.

Die Hochzeit auf dem Felshof dauerte drei Tage.

— — — — — — — — — — — — — —

Und dann kamen die Nebel wieder und die Raben, und die Blätter fielen, und alles in der Natur ging seinen Gang und zwang die Menschen. Der Acker rief und der Dreschflegel, der Kartoffelkeller und das Spinnrad.

Der Reichtum mehrte sich von Jahr zu Jahr auf dem Felshof, und eines Tages hatte der Lorenz den Maurerwillem in der Tasche und riß den ganzen Steinbruch an sich.

Bald wird ihm das Steinfeld gehören.

Gut, daß er den Rengel hat. Er ist bald über die Hecke gewachsen und kann schon allein auf dem Handgaul sitzen.

Kleine Felshofer mußten nun bald kommen.

Alle Jahre eins.

Dann lachte die Bäuerin.

Im Dorf ist's anders. Seit dem Verdienst im Steinbruch ist's Taufwasser schier rar geworden.

Wo Gras wächst, da gibt's auch Hasen!

— — — — — — — — — — — — — —

Das irrende Licht geht durch den Steinwald. Doch die Menschen sehen es nicht mehr, die irrenden. Und es geht auf und ab und hin und her, und ist noch immer in ihnen.

Und wenn sie tausendmal sagen, die Geschichte mit der Muttergotteslatern sei ein Aberglaube gewesen, weiter nichts das irrende Licht geht noch um.

Nimmer wird es verlöschen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19220104/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Der Stadthaushaltplan 1921

Dem Bericht über die Aufstellung des Haushaltplanes auf das Jahr 1921 (98. Ratsdrucksache) ist zu entnehmen, daß das Anschwellen des Umfanges des nunmehr im Druck vorliegenden Haushaltplanes und die ganz außerordentliche Verteuerung der Drucksachen dazu genötigt haben, den Haushaltplan möglichst zu vereinfachen. Das ist namentlich insofern geschehen, als die Ausgaben und Vergütungen in den einzelnen Positionen nur noch in einer Summe erscheinen. Auch sind verschiedene bisher im Druck gelegte Beilagen aus dem Haushaltplan herausgenommen worden, die künftig nur noch handschriftlich bzw. mit Schreibmaschine angefertigt werden sollen.

Der Haushaltplan für das Strohfutterwerk ist weggeblieben, nachdem der Betrieb dieses Werkes eingestellt worden ist, ebenso der Haushaltplan über die Verwertung der Küchenabfälle. Die Sammlung der Küchenabfälle ist seit Mitte 1920 eingestellt worden, weil infolge der hohen Löhne das gewonnene Trockenfutter so teuer wurde, daß es nicht mehr abgesetzt werden konnte.

Erstmalig erscheinen in dem Haushaltplane die bisher aus Anleihemitteln bestrittenen Bedürfnisse des Kriegsunterstützungsamtes und der Bedarf des neuerrichteten Verkehrsamtes, ferner die bisher aus Anleihemitteln bestrittenen Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenen-Unterstützungen. Die Haushaltpläne für das Carolahaus und das Maria-Anna-Kinderhospital sind als Pos. 45a und c eingereiht, der Haushaltplan für das mit Ende September 1921 aufgelöste Luisenhaus (Pos. 46b) ist nur noch auf das erste Halbjahr aufgestellt, und als Pos. 46d ist ein Voranschlag für das in dem Grundstücke des Luisenhauses neuerrichtete Rentnerheim beigefügt worden. Schließlich ist in Pos. 52 der erst in den letzten Wochen erforderlich gewordene Aufwand für die weitere Erhöhung des Ausgleichszuschlags an Beamte und Angestellte sowie die Erhöhung der Arbeiterlöhne und in Pos. 53 der bisher aus Anleihemitteln bestrittene Aufwand für die Erwerbslosenunterstützungen bereitgestellt worden.

Als äußerliche Veränderung im vorliegenden Haushaltplan ist noch zu erwähnen, daß die bisher in die Pos. 2, Grundbesitz, eingearbeiteten Anhangshaushaltpläne für den Ausstellungspalast, das Rittergut Klingenberg, die Ausschiffungs- und Lagerplätze, den städtischen Speicher, den städtischen Flugplatz und den Lingnerpark und die bisher in die Pos. 39, Wohlfahrtspolizei, eingearbeiteten Voranschläge für das Bestellamt, die Volksbäder, die städtischen Eisbäder, das Günzbad, das Chemische Untersuchungsamt, für die mit der Entlausungsanstalt verbundene Entseuchungsanstalt und für die Bedürfnis- und Pissanstalten als selbständige Haushaltpläne behandelt worden sind, um deren Abschlußziffern unmittelbar aus der dem Gesamthaushaltplan vorausgeschickten Hauptübersicht ersichtlich zu machen und die Unübersichtlichkeit, die bisher durch die Verausgabung und Vereinnahmung der Zuschüsse bzw. Ueberschüsse zwischen der Haushaltposition und deren Unterabteilungen bedingt war, zu vermeiden. Das gleiche gilt von andern Positionen (Jugendamt, Kinderpflege- und Erziehungsanstalt und Unterbringung von Kindern in Familien). Um den Gesamthaushaltplan noch einfacher und klarer zu gestalten, sind ferner Wiederholungen am Schlusse der Pos. 23, 38 bis 86, 44 bis 46 und 48 beseitigt und auch die Abschlußziffern dieser Positionen in die Hauptübersicht aufgenommen worden, so daß diese jetzt über sämtliche selbständigen Haushaltpläne unmittelbar Aufschluß gibt.

Das gewaltige Anwachsen des gesamten Ausgabebedarfs,

das schon die Aufstellung des Haushaltplanes auf das Jahr 1920 so außerordentlich schwierig gestaltete, hat sich noch weiter gesteigert und dazu geführt, daß der Mehrbedarf bei dem Etat der Zuschüsse, an dem übrigens mit alleiniger Ausnahme der Markthallen sämtliche Zuschußpositionen beteiligt sind, die außerordentliche Höhe von 116 804 510 Mark erreicht hat. Dazu treten noch 1 170 465 M. Zuschußbedarf und 7 940 493 M. Minderzuschuß bei Ueberschußpositionen, so daß

für 126 014 498 Mark Deckung zu suchen

war. Der Mehrbedarf glich sich zunächst durch 31 041 461 M. Minderbedarf bei dem Etat der Zuschüsse aus, der sich vor allem dadurch ergab, daß das im Haushaltplan 1920 in Pos. 51 bereitgestellte Berechnungsgeld für die Durchführung der Besoldungsreform um 27 458 000 M. vermindert werden konnte, und daß die in 1920 nachbewilligungsweise mit 6 466 418 M. ausgestattete Pos. 50, außerordentliche und unvorhergesehene Ausgaben, auf 3 000 000 M. beschränkt wurde. Eine weitere Verminderung des noch verbleibenden Mehrbedarfs von 94 973 037 M., und zwar um 858 641 M., wurde durch die zu erwartenden Mehrerträgnisse bei dem Etat der Ueberschüsse erreicht, so daß

ein Fehlbetrag von 94 014 396 Mark zu decken

blieb. Nach Heranziehung aller sonstigen Einnahmequellen und Einschränkung aller Ausgaben auf das Maß, das durch die allenthalben zur Geltung zu bringende Sparsamkeit dringend geboten erschien, konnte hierbei nur die Aufsuchung neuer bzw. die kräftigere Erfassung bereits bestehender Steuerquellen in Frage kommen.

Auf diesem Wege ist es gelungen, die Pos. 14, Steuern und Abgaben, mit einem Gesamtmehrerträgnisse von 57 821 940 M. abzuschließen. Dieses Ergebnis ist dadurch erreicht worden, a) daß der Ertrag einiger Steuern höher veranschlagt werden konnte, und zwar mit 17 015 300 M. der Anteil an den Erträgen der Reichseinkommen- und Körperschaftssteuer, mit 1 000 000 Mark die Grunderwerbssteuer, mit 700 000 M. die Zuwachssteuer, mit 40 000 M. die Abgabe von Bier, mit 2840 M. die Abgabe von Wochen- und Jahrmärkten, mit 5 488 800 M. der Anteil an dem Ertrage der Umsatzsteuer, wodurch ein Mehr von 24 946 940 M. erreicht wird, b) daß der Ertrag verschiedener Steuern durch Erhöhung der bisherigen Sätze gesteigert worden ist, und zwar um 45 000 M. die Steuer vom Gewerbebetrieb im Umherziehen, um 640 000 M. die Hundesteuer, um 5 500 000 M. die Billett- und Luftbarkeitssteuer und um 1 050 000 M. die Brückengälle, was eine Mehreinnahme von 7 235 000 M. zur Folge hat, und c) daß die Einführung folgender neuer Steuern beschlossen wurde, und zwar mit einem Mehrertrage von 24 000 000 M. die Gewerbesteuer, mit 800 000 M. die Lastkraftwagensteuer, mit 800 000 M. die Musikinstrumentensteuer, mit 1 000 000 Mark die Beherbergungssteuer und mit 240 000 M. die Schankerlaubnissteuer, insgesamt 26 840 000 M. Mehreinnahme.

Der Fehlbetrag von 94 014 396 M. hat sich hierdurch bis jetzt um 57 821 940 M. auf 36 192 450 M. vermindern lassen.

Um die Fertigstellung des Haushaltplanes nicht noch länger hinausgeschieben, was schon deshalb untunlich war, weil der durch die umfangreichen Einverleibungen nötig gewordene Nachtrag zum Haushaltplane nunmehr mit größter Beschleunigung fertiggestellt werden muß, und bei der Unmöglichkeit, die Deckung des restlichen Fehlbetrages herbeizuführen und in den vorliegenden Haushaltplan einarbeiten zu können, ist dieser trotz den lebhaften Bedenken, die sich hiergegen vom Standpunkt einer geordneten Finanzverwaltung ergaben, zunächst mit dem Fehlbetrage von 36 192 450 M. abgeschlossen worden. (Diese Bedenken haben sich leider als allzu berechtigt herausgestellt, denn nach den Mitteilungen in der letzten Kreisausschußsitzung ist das Defizit der Stadt inzwischen auf 84 Millionen angewachsen, womit noch nicht gesagt ist, daß mit dieser Summe der Abschluß erreicht ist!)

Zu dem Entwurfe des Haushaltplanes ist im einzelnen noch folgendes zu bemerken: Im Etat der Ueberschüsse erfordert der städtische Grundbesitz, von dem 1920 noch ein Ueberschuß von 160 577 M. erwartet wurde, einen Zuschuß von 586 235 M., obwohl die Einnahme aus Miet- und Pachtzinsen 461 706 M. höher sein wird. Zur tunlichsten Verminderung des Fehlbetrages ist eine weitere Erhöhung der Mietzinsen nicht zu umgehen, die jedoch erst in 1922 wirksam werden wird.

Die durch die politische Lage herbeigeführte Beschränkung des Luftverkehrs und der notwendig gewordene Abbruch der städtischen Luftschiffhalle haben zur Folge, daß die Einnahmen bei dem städtischen Flugplatze gegen 1920 um 152 085 M. niedriger sind, während die Ausgaben aller Vorsicht ungeachtet nur um 18 052 M. vermindert werden konnten, so daß mit einem Zuschuß von 134 453 M. gerechnet werden muß. Beim Lingnerpark ist der Zuschuß auf 51 165 M. angewachsen.

Der Haushaltplan für die Gaswerke schließt bei 145 175 611 M. Einnahme und 130 808 271 M. Ausgabe mit einem Ueberschuß von 14 867 340 M. ab, das sind 668 158 M. mehr, wobei mit einer Gesamtgasabgabe von 67 Millionen Kubikmetern gerechnet wird. Bei den Elektrizitätswerken wird mit einer Gesamteinnahme von 59 067 850 M. gerechnet, das sind 8 180 319 M. mehr, da aber die Ausgaben insgesamt 57 061 793 Mark (mehr 8 808 855 M.) betragen, so beläuft sich der Ueberschuß nur auf 2 005 557 M., also 628 536 M. weniger als in 1920.

Die fortschreitende Aufschließung des Braunkohlenwerkes Bergdorf findet ihren Ausdruck in dem erheblichen Anwachsen der Einnahmen, die für 1921 auf 8 047 500 M. veranschlagt sind (+ 4 870 718 M.). Die Betriebsausgaben betragen 6 886 700 M., das sind 3 730 405 M. mehr, für Verzinsung und Tilgung des Anlagekapitals sind 361 111 M. mehr und für Abschreibungen 480 000 M. mehr vorgesehen, so daß nach Kürzung der erstmalig zu zahlenden Verwaltungsgebühr von 50 000 M. nur 4788 M. als Ausgleichsposten verbleiben.

Obgleich in dem Voranschlage für die Wasserwerke der Bedarf an Kohle und Kraftstrom um rund 2 Millionen M. niedriger angesetzt werden konnte, erhöht sich der Gesamtbedarf durch starke Mehrausgaben aller Art auf 17 541 180 M. Einnahme und Ausgabe gleichen sich mit dieser Summe aus.

Das weitere Ansteigen der Kohlenpreise spiegelt sich in dem Voranschlage für das Kohlenlager wider, der in Einnahme und Ausgabe mit 11 038 745 M., mithin gegen 1920 1 138 845 M. mehr, abschließt, obwohl die zu beschaffende Kohlenmenge gegen das Vorjahr um 4380 Tonnen zurückbleibt. Der Voranschlag für das Kohlenamt, der sich in Einnahme und Ausgabe ausgleicht, schließt mit 1 101 000 M. ab. Es steht zu hoffen, daß durch allmähliche Freigabe der Heizmittelwirtschaft in absehbarer Zeit eine erhebliche Entlastung des Kohlenamtes und damit dessen Abbau möglich wird.

Bezüglich der städtischen Straßenbahn wird ausgeführt, daß zur Bilanzierung des Haushaltplanes die Einnahmen um 41 696 300 M. erhöht werden müssen. Diesem Zwecke dient die letzte Tariferhöhung. Die Einnahmen und Ausgaben beim Vieh- und Schlachthof gleichen sich aus.

Die Sparkasse rechnet für 1921 mit einem Einlegerguthabenzuwachs von 20 Millionen M. und schätzt die den Spareinlegern gutzuschreibenden Mehrzinsen auf 1 700 000 M. Es ergibt sich eine Gesamtausgabe von 13 305 814 M. (+ 3 378 228 M.), während die Gesamteinnahme auf 137 444 105 M. (+ 3 120 888 M.) berechnet ist. Der verbleibende Ueberschuß würde sich danach auf 438 591 M. stellen (— 252 340 M.).

Die Ratskellerei wirft wie 1920 einen Ueberschuß von 300 000 M. ab. Marstall und Beerdigungsanstalt ergeben nur einen Ueberschuß von 8275 M., die Feuerbestattungsanstalt nur einen solchen von 1608 M.

Beim Etat der Zuschüsse heißt es, daß an den Mehrzuschüssen der Abschnitt IV, Allgemeine Verwaltung — Pos. 16 bis 20, Der Rat, die Stadtverordneten, Geschäftsstellen, Ruhegehälter, verschiedene Ausgaben —, am stärksten, und zwar mit 10 464 487 M. beteiligt ist. Dieser außerordentlich hohe Mehrbedarf beruht in der Hauptsache in den Erhöhungen der Gehälter auf Grund der Besoldungsordnung. Ganz erhebliche Mehrzuschüsse erfordern u. a. auch das Wohnungsamt und das Einigungsamt. Die sich immer schwieriger gestaltenden Verhältnisse auf dem Gebiete des Wohnungswesens haben ein weiteres außergewöhnliches Anschwellen der Ausgaben beim Wohnungsamt zur Folge gehabt. Insbesondere mußte eine weitere Vermehrung des Beamten- und Aushilfspersonals vorgenommen werden, wofür einschließlich der Erhöhung der Gehälter für die Beamten 2 349 107 Mark Mehrausgaben entstehen. Infolge der Personalvermehrung haben auch die sächlichen Ausgaben eine wesentliche Steigerung erfahren. Der Mehrzuschuß beläuft sich auf 2 517 704 Mark.

Das Einigungsamt wird infolge der durch die Geldentwertung nötig werdenden umfänglichen Mietzinssteigerungen in bedeutend größerem Umfange wie früher in Anspruch genommen. Der Aufwand dieses Amtes ist infolge von Personalvermehrung und der hierdurch bedingten Vermehrung der sächlichen Ausgaben ganz bedeutend gestiegen. Für 1920 war lediglich ein Berechnungsgeld von 120 000 M. vorgesehen, wogegen in 1921 ein Mehrzuschuß von 1 064 364 M. erforderlich ist.

Infolge der Verarmung unseres Volkes ist bei dem Fürsorgeamt mit einer weiteren umfangreichen [illegible]eisung von Hilfsbedürftigen zu rechnen, woraus sich das weitere Anwachsen der Verwaltungsgeschäfte [illegible]tet. Der Aufwand für dieses Amt ist daher außergewöhnlich gestiegen; es erfordert als Zuschuß 14 007 003 M., das sind [illegible] 36 506 M. mehr.

Der die Stadtgemeinde treffende Anteil der Erwerbslosenfürsorge, Pos. 53, der bisher aus Anleihemitteln bestritten wurde, ist erstmalig mit 8 000 000 M. vorgesehen. Den Haushaltplan der Schulgemeinde, der in Einnahme und Ausgabe mit je 72 968 207 M. abschließt, werden wir noch kurz in einem zweiten Artikel behandeln.

Es ist das erstemal, daß den städtischen Kollegien ein in Ausgabe und Einnahme sich nicht ausgleichender Haushaltplan vorgelegt wurde. Die Notwendigkeit hierzu ist ohne Verschulden der Stadtgemeinde durch die eigenartige Lage bedingt, in die sie durch die Reichssteuergesetzgebung gedrängt worden ist.

Stadt-Chronik

Die Grippe

Eine der periodisch am häufigsten wiederkehrenden Krankheiten ist die Influenza oder epidemische Grippe, und sie ist um so gefährlicher, da sie in gewissem Grade ansteckend ist. Ihr plötzliches Auftreten läßt auch alle Vorbeugungsmaßnahmen als aussichtslos erscheinen, aber dennoch läßt sich eine Auswirkung dieser Krankheit in den weitaus meisten Fällen verhüten resp. in kürzester Zeit beseitigen. Wenngleich die Grippe wohl zu jeder Jahreszeit auftreten kann, so macht aber doch recht oft ihr epidemischer Charakter sich gerade bei naßkalter Witterung bemerkbar.

Die Grippe beginnt meist mit Schüttelfrost und Fieber und gibt sich in ihrem weiteren Verlauf zu erkennen durch starken Schnupfen und Husten, mancherlei Verdauungsstörungen, z. B. Appetitlosigkeit, Uebelkeit und Brechneigung oder Stuhlverstopfung, schlechten, pappigen Geschmack, Durchfall, ziehende Schmerzen im Kreuz und in den Gliedern, Mattigkeit, Durst, heftige Kopfschmerzen (besonders in der Stirn), Schlaflosigkeit, Ohrensausen und Lichtscheu, Schwindel, Ohnmachtsanfälle, Delirien usw. Als Ursache der Grippe hat man die Influenzabazillen erkannt, die sich besonders im Auswurf der Kranken befinden und nach Eintrocknen desselben leicht durch die Luft weithin verschleppt werden können. Die Dauer der Krankheit beträgt gewöhnlich 8 bis 16 Tage, doch nimmt bei Älteren und geschwächten Personen die Genesung oft weit längere Zeit in Anspruch. Wenn sie auch in vielen Fällen ganz ungefährlich verläuft, so bilden sich doch bei Vernachlässigung leicht Lungenleiden; namentlich Lungenentzündung und andre Komplikationen können das Leben ernstlich bedrohen. Deshalb hüte der Kranke das Bett in einem wohlgeheizten und gut gelüfteten Zimmer. Kalte Getränke sind zu vermeiden, ebenfalls zu frühes Ausgehen ins Freie; vielmehr ist mit letzterem zu warten, bis der Husten ganz verschwunden ist.

Ohne den Anordnungen des behandelnden Arztes vorgreifen zu wollen, mögen bei plötzlich auftretendem hohen Fieber folgende Ratschläge eines Heilkundigen Beachtung finden: Eine Abwaschung des ganzen Körpers mittels Schwamm oder desgleichen von 20 bis 27 Grad Celsius. Auch Packungen nach fachmännischer Anordnung sind anzuwenden, um die Ausscheidung des Krankheitsstoffes zu bewirken. Gegen den Durst verabreiche man mindestens stubenwarme Getränke, wie verdünnten natürlichen Zitronensaft und andre selbstbereitete Fruchtsäfte mit Wasser.

Vorstehende Ratschläge sollen nur als Hinweis bei plötzlich auftretenden Krankheitsfällen dienen; im übrigen ist fachmännischer Rat in Anspruch zu nehmen.

Die neuen Metallmünzen

In der staatlichen Münze und im Reichsfinanzministerium sind die Vorarbeiten für die Neuausprägung von 1-, 2- und 5-Mark-Stücken zu einem gewissen Abschluß gekommen. Voraussichtlich im Frühjahr wird mit der Ausprägung der Stücke begonnen werden, die nach den bisherigen Vorschlägen aus Aluminium mit einer Kupferseele bestehen. Das neue 1- und 2-Mark-Stück sind etwas größer als die alten Münzen, das 5-Mark-Stück dagegen hat nur die Größe des alten 3-Mark-Stückes, das nicht wieder ausgeführt wird. Prägeversuche mit einigen Avers- und Reverdversuchen sind bereits ausgeführt, für die Beschriftung wurden lateinische Buchstaben gewählt. Ein besonderes Kennzeichen der Münzen ist der neue Reichsadler, den eine eigne Jury auswählte. Die Plattierung und die Ausführung der Münzen schließt eine Fälschung vollkommen aus. Herstellungskosten und der Metallwert der neuen Stücke sind so bemessen, daß auch bei sehr schlechter Valuta die Stücke nicht überwertig und deshalb gehamstert werden. Mit dem Erscheinen der neuen Münzen wird hoffentlich die Flut der kleinen Scheine mit all ihren bösen Begleiterscheinungen zurückgehen.

Ein dreister Dieb

Einen äußerst dreisten Diebstahl riskierte am 10. März 1921 der schon vielfach vorbestrafte 33jährige Kaufmann Friedrich Wilhelm Fricke aus Lehe. Der Angeklagte ist schon zu mehrfachen Gefängnis- und auch Zuchthausstrafen verurteilt. Von einer Zuchthausstrafe in der Dauer von 1 Jahr 8 Monaten hat er noch den größten Teil zu verbüßen, er ist aber ausgebrochen und hat die Zeit zu neuen Verbrechen benützt. Ebenso hat er auch noch 3 Jahre 1 Monat Gefängnis zu verbüßen, zu denen er neuerdings verurteilt worden ist, auch wird er noch von einigen Gerichten in Süddeutschland verurteilt werden, wo er auch bedeutende Diebstähle und Betrügereien verübt hat. Am 10. März war er in der Wachtmeisteruniform der Großenhainer Husaren nach Dresden in die Trainkaserne gekommen, hatte sich gemeldet, daß er von Großenhain als Sportlehrer hierher versetzt worden sei und verlangte ein Paar Pferde und einen Wagen, damit er könnte seine Sachen von der Bahn holen. Der Unterwachtmeister vom Dienst ging mit Fricke in den Stall, wo sich F. das beste Paar Pferde herausuchte. Der Unterwachtmeister gab Fricke den Vereiter Kunatzsch mit, der den Wagen fahren sollte. Zuerst wurde nun in eine Gastwirtschaft gefahren und dort auf Kosten des neuen Wachtmeisters ein paar Kognak getrunken. Dort kam die Mitangeklagte Emma Auguste geschiedene Rissi dazu. Fricke stellte sie dem Vereiter Kunatzsch als seine Frau vor. Sie war schon wochenlang mit Fricke herumgezogen. Fr. hatte mit ihrem Willen ihre ganze Wäsche und sonstiges Eigentum versetzt und das sollte jetzt wieder ausgelöst werden. Die Aufgabe der Rissi bestand in dieser Sache darin, den Kunatzsch wegzulocken, damit Fricke Wagen und Pferde allein hatte. Fricke befahl seiner angeblichen Frau und Kunatzsch, einen Koffer in einer Wohnung zu holen, in der sie die vorhergehende Nacht geborgen hatten. Beide begaben sich auf den Weg. Unterwegs „besann" sie sich, daß Fricke den Zimmerschlüssel noch einstecken habe. Sie schickte Kunatzsch in das Restaurant zurück. Dort war aber Fricke schon längst nicht mehr, sondern er hatte inzwischen die beiden Pferde bereits an die Kaufleute Gebrüder Wolfert in der Königsbrücker Straße für 20 000 M. verkauft. Als dem Zeugen Kunatzsch vom Vorsitzenden vorgehalten wurde, daß er bei der ganzen Affäre nicht besonders schlau gewesen sei, meinte er treuherzig: „Na Herr Richter, einmal huppt jeder." Der Staatsanwalt beantragte bei Fricke Bestrafung wegen Rückfallbetrugs und bei der Rissi wegen Beihilfe zum Rückfallbetrug. Das Urteil lautete gegen Fricke auf 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus, 1000 M. Geldstrafe oder 60 weitere Tage Zuchthaus und 10 Jahre Ehrenrechtsverlust; gegen Frau Rissi auf 5 Monate Gefängnis, von denen 4 Monate als verbüßt gelten.

Teuerungszuschüsse für Kriegsbeschädigte. Das Reichsarbeitsministerium hat durch einen Erlaß vom 1. Dezember trotz einmütigem Widerspruch der Kriegsbeschädigtenorganisationen angeordnet, daß Teuerungszuschüsse nur solche Kriegshinterbliebene und Kriegsbeschädigte erhalten, die nicht im Erwerbsleben stehen. Dadurch ist in den Kreisen der übrigen Versorgungsberechtigten deren Bezüge mit der wachsenden Teuerung auch nicht im entfernsten in Einklang zu bringen sind lebhafte Beunruhigung entstanden. Vertreter des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen wurden deshalb erneut im Reichsarbeitsministerium vorstellig. Neben andern wichtigen Fragen wurde besonders die des Ausgleichs der Teuerung für alle Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen besprochen. Der Vertreter des Ministeriums sagte schließlich zu, eine gesetzliche

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19220104/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Regelung in bezug auf Gewährung von Teuerungszulagen für alle Versorgungsberechtigten herbeizuführen. Sobald sich der Ausgang der Verhandlungen mit der Reparationskommission einigermaßen übersehen läßt, sollen Verhandlungen mit sämtlichen Organisationen im Reichsarbeitsministerium stattfinden.

Das neue Briefporto. Postkarten im Ortsverkehr 75 Pf., im Fernverkehr 1,25 M. Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gramm 1,25 M., über 20 bis 250 Gramm 2 M. Briefe im Fernverkehr bis 20 Gramm 2 M., über 20 bis 100 Gramm 3 M., über 100 bis 250 Gramm 4 M. Drucksachen bis 50 Gramm 50 Pf., über 50 bis 100 Gramm 1 M., über 100 bis 250 Gramm 2 M., über 250 bis 500 Gramm 3 M., über 500 Gramm bis 1 Kilogramm 4 M. Ansichtskarten, auf deren Vorderseite Grüße oder ähnliche Höflichkeitsformeln mit höchstens 5 Worten niedergeschrieben sind, 40 Pf. Geschäftspapiere bis 250 Gramm 2 M., über 250 bis 500 Gramm 3 M., über 500 Gramm bis 1 Kilogramm 4 M. — Ins Ausland kostet die Postkarte 2,40 M. (nach Ungarn und der Tschecho-Slowakei nur 1,80 M.); ein Brief bis 20 Gramm 4 M., jede weiteren 20 Gramm 1 M. (nach Ungarn und der Tschecho-Slowakei bis 20 Gramm nur 2 M., jede weiteren 20 Gramm 2 M.). — Wir bitten unsere werten Mitarbeiter, die neuen Portosätze zu beachten und die an uns zu richtenden Brief- und Manuskriptsendungen ausreichend zu frankieren. Sendungen, die eventuell zurückgesandt werden sollen, muß genügend Rückporto beigefügt werden.

Die Elbe steigt. Durch die dauernden Niederschläge der letzten Tage ist die Elbe in stetem Wachsen begriffen. Der Dresdner Pegel zeigte heute nur noch minus 41 Zentimeter und es ist damit zu rechnen, daß bei anhaltender Witterung der Normalpunkt bald mit einer Plusziffer überschritten sein wird. Reiche Nahrung geben auch die zahlreichen Zuflüsse, die fast durchweg Hochwasser führen. So hat zum Beispiel die Kirnitzsch bereits ihre Ufer überschritten und weite Teile der angrenzenden Ländereien überschwemmt. Durch den steigenden Wasserstand der Elbe hat sich auch die Flußschiffahrt wieder bedeutend verstärkt. Mit einem weiteren Steigen des Wassers wird gerechnet.

Die Not der Presse. Die bisher täglich erscheinende Rödertal-Zeitung ist durch die hohen Herstellungskosten und den Papiermangel gezwungen worden, am 1. Januar dazu überzugehen, wöchentlich nur noch dreimal zu erscheinen.

Verband für Jugendhilfe. Infolge Inanspruchnahme der bisherigen Geschäftsräume des Verbandes für Jugendhilfe im Amtsgerichtspräsidenten sah sich der Verband für Jugendhilfe gezwungen, seine Geschäftsräume am 3. Januar dort aufzugeben. Da es ihm trotz eifrigsten Bemühungen noch nicht gelungen ist, eine neue Unterkunft zu erlangen, bleibt der Geschäftsbetrieb der Jugendhilfe bis auf weiteres geschlossen. Sobald eine neue Geschäftsstelle gefunden ist, wird diese in den Tageszeitungen bekanntgegeben. Briefe und Postsendungen möchten wie bisher an die alte Adresse gerichtet werden.

Aus der Mieterbewegung. Bezirksmieterausschuß Nau- und Oppellvorstadt. Freitag, abends Punkt 7½ Uhr, im Körnergarten, Große Meißner Straße: Versammlung der gesamten Bezirksobleute, Unterbezirke, Straßenausschüsse und Vertrauensmänner. Noch außenstehende Hauslisten sind beizubringen. Wichtige Tagesordnung und Beschlußfassung. Einlaß nur gegen Ausweis oder Mitgliedskarte. Die Bezirksleitung erwartet unbedingt geschlossenes Erscheinen. — Mieterratsschule in Pieschen-Trachenberge. Unterricht Donnerstag, abends 7¼ Uhr, im Deutschen Haus, Großenhainer Straße. Pünktliches Erscheinen allerseits notwendig. — Bezirk Johannstadt. Unterricht Donnerstag, abends 7 Uhr, im Restaurant Birkenwald, Pfotenhauerstraße, und Nowacks Restaurant, Zöllnerstraße.

Option der Zwangspolen und Option Danzig-Deutschland. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß in beiden Fällen die Frist zur Abgabe der Optionserklärung am 10. Januar abläuft. Eine besondere Aufforderung zur Abgabe der Optionserklärung erfolgt nicht. Die Beteiligten wollen sich daher in Zweifelsfällen sofort an ihre zuständige Ortsbehörde oder an die Kreishauptmannschaft selbst wenden.

Erhöhung der Hebammentaxen. Die Gebührensätze der Hebammen sind seit 5. November 1921 laut ministeriellen Beschlusses verdoppelt worden. Der Verein Dresdner Hebammen gibt dies bekannt, da in vielen Kreisen noch Zweifel bestehen, ob die Bestimmung allgemeinverbindlich ist.

Bezirk der Vereinigten Dresdner Arbeiterjugend. Montag den 9. Januar, abends pünktlich 7 Uhr, im Volkshaus Versammlung. Tagesordnung: Unsre Arbeit im neuen Jahr. Alle Beiräte, denen es ernst ist mit ihrer Arbeit in unsrer Arbeiterjugend, müssen erscheinen.

Die Festsetzung der politischen Parteien — ein Thema von hervorragender Bedeutung für die Angehörigen aller Parteien. Es bildet den Gegenstand eines Vortrages, den im Auftrage der Gehe-Stiftung Herr Geheimrat Dr. Menke-Glückert Sonnabend den 7. Januar, abends 7 Uhr, im kleinen Saale der Kaufmannschaft hält. Eintrittskarten Kleinen Brüdergasse 21, 1., von 10 bis 2 und 5 bis 8 Uhr.

Zentralverband proletarischer Freidenker Deutschlands. Untergruppe Johannstadt. Sonnabend, abends 7½ Uhr, Versammlung in der Zöllnerklause, Zöllner-, Ecke Holbeinstraße.

Schwere Unfälle. In der Uebigauer Schiffswerft geriet am Dienstag nachmittag ein 32 Jahre alter, in Radebeul wohnhafter Schlosser mit der linken Hand in eine hydraulische Bohrmaschine, die abgestellt war, aber versehentlich durch Berührung des Schalthebels wieder in Gang gebracht worden war. Dem unglücklichen Mann wurde die Hand vom Arme gedreht. Man überführte ihn nach dem Krankenhause Friedrichstadt. — Auf der Treppe glitt am Dienstag mittag im Hause Grillenburger Straße 6 eine 25 Jahre alte Hilfsarbeiterin aus und stürzte mehrere Stufen hinab, wobei sie sich so erheblich verletzte, daß sie dem Krankenhause Friedrichstadt zugeführt werden mußte. — Auf einem Neubau an der Bamberger Straße brach am Dienstag mittag ein 43 Jahre alter, in Bühlau, Loschwitzer Straße wohnhafter Bauarbeiter durch das Gerüst und zog sich einen komplizierten rechten Beinbruch zu. Er wurde nach dem Krankenhause Johannstadt übergeführt.

Auto- und Radlerunfall. Am Dienstag vormittag 9¼ Uhr wurde an der Ecke der Schiller- und Stolpener Straße der in der Hörigstraße wohnhafte 24 Jahre alte Maschinenmeister Kurt Bergmann von einem Mietautomobil schwer am Kopfe verletzt. B. kam auf seinem Fahrrade von der Stolpener Straße her gefahren und bog in scharfer Kurve in die Schillerstraße ein, wo im selben Augenblick unter wiederholten Hupensignalen vom Weißen Hirsch her ein Mietauto mit einem Fahrgast vorüberfahren wollte. Der Führer bog, um den Radler nicht umzufahren, mit starkem Ruck nach links ein, wobei jedoch der Kraftwagen umstürzte. Der Radler wurde vom hinteren Teile des Autos vom Rade geschleudert und erlitt starke Kopfwunden. Der Autofahrgast kletterte aus dem umgeworfenen Wagen heraus und begab sich zu Fuß nach dem Neustädter Bahnhofe. Der nicht recht vernehmungsfähige Maschinenmeister wurde nach dem nahen Diakonissenhause gebracht und der Kraftwagen, der auf den Gleisen lag, von der Feuerwehr wieder aufgerichtet. Die Polizei stellte fest, daß dem Kraftwagenführer keine Schuld an dem Unfall beizumessen ist.

Bergung eines Ertrunkenen. Am Dienstag abend wurde nahe der Friedrich-August-Brücke die Leiche eines unbekannten, etwa 40 Jahre alten Mannes aus der Elbe geborgen und nach dem Friedhof überführt.

Gasvergiftung. In ihrer an der Striesener Straße gelegenen Wohnung verunglückte am Dienstag nachmittag durch ausströmendes Leuchtgas eine 61 Jahre alte Frau, deren Bewußtlosigkeit nach 40 Minuten langer Zuführung von Sauerstoff wieder behoben werden konnte.

Verhinderter Einbruch. Ein Wächter der Dresdner Wach- und Schließ-Gesellschaft überraschte in der vergangenen Nacht auf seinem Rundgang in einem Grundstück der Schlesischen Straße zwei Einbrecher, die im Begriff waren, in ein dort befindliches Kontor einzusteigen. Durch das Hinzukommen des Wächters wurden die Einbrecher verscheucht; sie entkamen in der herrschenden Dunkelheit.

Rascher Tod. Am 31. Dezember weilte der bekannte Magnetiseur M. Zimmermann aus Jauckerode in Grumbach, um Kranke zu besuchen. Er war frisch und munter und eilte nach einem Besuch im Gasthaus nachmittags bei dem stürmischen Winde zum Bahnhof, um den 5-Uhr-Zug zu erreichen. Das Ankämpfen gegen den Wind und der rasche Lauf müssen doch zuviel für das Herz des 45 Jahre alten Mannes gewesen sein. Unterwegs brach er, vom Herzschlag getroffen, zusammen. Leute eilten herbei und trugen ihn zum Gasthaus zurück, aber der Tod war bereits eingetreten.

Diebstahl. Einer hier aus Döbeln am 21. Dezember aufhältlich gewesenen Person ist der Gepäckschein gestohlen und der auf diesen Gepäckschein auf dem hiesigen Hauptbahnhofe abgegebene Reisekorb mit Damenkleidung und -wäsche von unbekannten Personen abgeholt worden. Die Wäsche ist teils mit L. W. und K. W. gezeichnet. Ausgeschlossen ist nicht, daß diese Sachen an Private oder Händler zum Verkaufe gekommen sind. Mitteilungen erbittet die Kriminalabteilung.

Einbruch. Vom 30. Dezember bis 5. Januar sind aus einer Wohnung in der Schönbrunnstraße mittels Einbruchs 6800 M Bargeld, ein schwarzer Gehrockanzug, ein graugestreifter Jackettanzug, ein schwarzes Damenkleid, zwei Deck- und zwei Unterbetten, sechs Kopfkissen, zwei weißleinene Bettbezüge, zwei weißleinene Handtücher und sechs Kopfkissenbezüge gestohlen worden. Die Bettwäsche ist „A. B." gezeichnet. Ferner wurden aus einem Fabrikgebäude an der Arnoldstraße mittels Einbruchs vom 24. bis 27. Dezember vier Treibriemen, davon zwei 4½ und 4 Meter lang und 9 Zentimeter breit, und zwei 4¼ und 3¼ Meter lang und 5 bzw. 6 Zentimeter breit, gestohlen. Die Kriminalpolizei warnt vor Ankauf der Sachen und bittet um sachdienliche Mitteilungen.

Dresdner Umgebung

Die Bezirksanstalt Leuben

Nach dem Rechenschaftsbericht des Direktors der Bezirksanstalt Leuben auf die Zeit vom 1. April 1920 bis 31. März 1921 schließt der Haushaltplan in Einnahme und Ausgabe mit 500 862,50 M. ab. Um den Haushaltplan ins Gleichgewicht zu bringen, ist ein Zuschuß von 391 705,50 M. aus Bezirksmitteln erforderlich gewesen. Am 31. März 1921 war ein Stammvermögen von 1 696 788,75 M. und ein Betriebsvermögen von 58 266,52 M. vorhanden. Am 15. Juni 1920 wurde die im Gebäude A eingerichtete Tuberkulose-Fürsorge- und Beratungsstelle für die damals noch selbständigen Gemeinden Leuben, Laubegast und Dobritz ihrer Bestimmung übergeben. Zur besseren Ausnutzung der Anstalt fanden Verhandlungen zwischen dem Bezirksverband und dem Ministerium des Innern wegen Verlegung der Landeskorrektionsanstalt für Frauen zu Uigisberg bei Oelsnitz nach Leuben statt, die zu dem Ergebnis führten, daß am 1. Juli 1920 14 Korrektionärinnen nach Leuben übergeführt wurden und seitdem von den Landespolizeibehörden die zur korrektionellen Behandlung bestimmten Frauen unmittelbar nach hierher gewiesen werden. Infolge vermehrten Zuzuges von Wanderarmen in der Versorgeabteilung war es aus erzieherischen Gründen notwendig, die jugendlichen Versorgten von den älteren zu trennen. Während in der Zeit vom 1. April 1919 bis mit 31. März 1920 insgesamt 35 541 Verpflegtage geleistet worden sind, was einem Durchschnittsbestande von 97,4 Pfleglingen entspricht, sind in der gleichen Zeit des Berichtsjahres 50 191 Verpflegtage mit einem Durchschnittsbestande von 137,5 Pfleglingen geleistet worden. Diese höhere Belegung erklärt auch die ganz erhebliche Steigerung der Ausgaben und damit des vom Bezirk gezahlten Zuschusses gegenüber dem Haushaltplan. Von Einfluß auf die Ausgaben ist auch die anhaltende Teuerung auf allen Gebieten gewesen. Trotzdem ist für den Kopf und Tag an Rohmaterialien der Verpflegung nur ein Durchschnittssatz von 3,48 M. gebraucht worden. Nach Abzug der Vorräte belief sich der effektive Verbrauch im Berichtsjahre auf 448 897,41 M. Es entfallen daher bei einer Gesamtleistung von 50 191 Verpflegtagen 8,94 M. auf den Kopf und Tag als Eingelaufwand. Der Gesundheitszustand der Pfleglinge war im Berichtsjahre ausgezeichnet.

Radebeul. Zwei schwere Unfälle ereigneten sich im Laufe des Dienstag vormittag in den hiesigen Unionwerken. In der 9. Stunde wurden einer jungen Arbeiterin durch eine Fliehpresse vier Finger der linken Hand fast vollständig abgeschnitten. Die Unglückliche hatte erst am Morgen die Arbeit aufgenommen. Kurz vor 12 Uhr ereignete sich der zweite Unfall. Einer Arbeiterin wurde durch die zurückschnellende Kurbel einer Hebevorrichtung das Gesicht zerschlagen.

Reichenberg. Eine patriotische Silvesterfeier. Wie alle Jahre, so feierte auch diesmal die Deutsche Turnerschaft im hiesigen Gasthof ihr Silvestervergnügen, und zwar wie schon nicht sehr verwunderlich. Bedauerlich ist nur, daß sich in diesem Verein noch Arbeiter und Arbeiterinnen wohlfühlen. Wie diese und überhaupt alle Andersdenkenden von den „Patrioten" eingeschätzt werden, zeigt der Vorfall, der sich hier bei diesem Silvestervergnügen zugetragen hat. Um eine recht patriotische Stimmung hervorzuzaubern, sprang plötzlich der Werbewart des Vereins, der 24jährige Schlosser Otto Richter, auf die Bühne und bestellte bei den Musikern Deutschland, Deutschland über alles. Dieser Herr Richter ist als organisierter Schlosser bei einer Dresdner Firma beschäftigt. Er ist ein besonderer Heiliger, der sich lange, lange Zeit nicht von seiner Unteroffiziersuniform trennen konnte. Ein halbes Jahr nach dem Kriege stolzierte er immer noch damit herum. Vor der Gemeinderatswahl äußerte er einmal, wenn die Liste Korch den Sieg davontrüge, gäbe er ein Faß Bier und die Musik müsse Deutschland, Deutschland über alles spielen. Nun hat er zu der Silvesterfeier seine Heldentat vollbracht. Die turnlustige Arbeiterschaft von Reichenberg aber mag sich von einem Verein trennen, an dessen Spitze solche Leute stehen.

Gewerkschaftsbewegung

Die Gewerkschaften und die Arbeitslosen-Versicherung

In der letzten Versammlung des Ortsausschusses Dresden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes referierte der Genosse Kirchhof über den Gesetzentwurf einer Arbeitslosenversicherung. Er führte dazu folgendes aus:

In der Reichsverfassung sind Bestimmungen vorhanden, nach denen die Arbeitslosenunterstützung gesetzlich geregelt werden soll. Inwieweit dieses Versprechen eingelöst werden kann, hängt nicht zuletzt von der finanziellen Leistungsfähigkeit des Reiches ab. Bei Beurteilung der Frage, ob die Arbeitslosigkeit mit den bisherigen Mitteln oder durch Eingliederung in die Sozialgesetzgebung bekämpft werden soll, müsse man sich für das Letzte entscheiden. Dieser Gedanke wird auch in dem vorliegenden Gesetzentwurf vertreten. Die Bestimmung über die Aufbringung der Beiträge ist zu bemängeln. Es müsse festgelegt werden, daß die Arbeitnehmer nicht zu Leistungen von Beiträgen herangezogen sind; auch sei es bedenklich, daß ganze Berufsschichten aus der Erwerbslosenversicherung ausgeschaltet werden sollen und daß durch die Einteilung in Gefahrenklassen dem Bureaukratismus bei der Durchführung des Gesetzes Vorschub geleistet wird. Daß die Versicherung unmittelbar an die Krankenkassen angelehnt werden soll, ist zu begrüßen.

Mit den Bestimmungen über die Wartezeit können sich die Arbeitnehmer nicht einverstanden erklären; auch müsse befürchtet werden, daß durch die Anwendung des Gesetzes eine Behinderung der Freizügigkeit eintreten könne. Weiter sei es nicht praktisch, dem Reichsarbeitsminister die Festsetzung der Unterstützungssätze zu überlassen, vielmehr müsse dies im Sinne der Selbstverwaltung durch örtliche Ausschüsse geschehen. Ganz besondere Beachtung müsse den Bestimmungen über die Behandlung Erwerbsloser im Falle der Krankheit oder der Kurzarbeit geschenkt werden. Weiter sei es unerträglich, die Leistungen der Arbeitslosenversicherung durch den Vorsitzenden des Arbeitsnachweises, wie dies im Entwurf vorgesehen ist, festsetzen zu lassen. Ueber diese Fragen müssen ganz eindeutige gesetzliche Vorschriften geschaffen werden.

Die Arbeitslosenfrage müsse vor allen Dingen von dem Standpunkt aus behandelt werden, daß in erster Linie eine Verhütung der drohenden Arbeitslosigkeit und eine Beseitigung bestehender Arbeitslosigkeit erzielt wird. Was der Entwurf in diesem Sinne bringt, könne keineswegs befriedigen. Die Befreiung der Landwirtschaft, lange Wartezeit, Gefahrenklassen, Festsetzung der Leistungen durch den Reichsarbeitsminister, übermäßige Belastung der Krankenkassen ohne genügende Entschädigung seien im wesentlichsten die Bestimmungen des Entwurfs, die mit aller Entschiedenheit bekämpft werden müßten. Die Unternehmer haben zwar bisher offiziell zur Arbeitslosenversicherung noch nicht Stellung genommen, aus gelegentlichen Aeußerungen ihrerseits geht aber hervor, daß harte Kämpfe zu erwarten sind, wenn der Entwurf in einer für die Arbeiterschaft günstigen Form Gesetz werden soll. Von dem baldigen Inkrafttreten des Arbeitslosenversicherungsgesetzes ist eine Festigung der inneren politischen Verhältnisse zu erhoffen.

In der Aussprache forderte Panofsch, daß eine unterschiedliche Behandlung der unständig Beschäftigten verhindert werden möchte; dieser Begriff sei vielmehr aus dem Entwurf zu entfernen. Elsner wies darauf hin, daß die Arbeiterschaft an dem vorliegenden Gesetzentwurf im stärksten Maße interessiert sei und deshalb zum Kampfe um das Gesetz mobil gemacht werden müsse; die Mitwirkung der Gewerkschaften bei der Arbeitslosenversicherung, z. B. durch Auszahlung der Unterstützungen müsse sichergestellt werden. Schulz glaubte, daß die gegenwärtige Situation nicht dazu angetan ist, ein so weittragendes Gesetz zu schaffen. Hepschmann vermißte den logischen Aufbau des Arbeitsrechtes und bekämpfte auch die beabsichtigte Mitwirkung der Krankenkassen. Hancke verlangte, daß sich die Arbeiterschaft eingehend mit dem Entwurf beschäftige, denn nur dadurch sei es möglich, Verschlechterungen zu verhüten.

Unter Gewerkschaftlichem wurde zunächst mitgeteilt, daß beim Gewerbe- und Kaufmannsgericht Dresden die Entschädigung der Beisitzer von 20 M. auf 80 M. erhöht worden ist. Hepschmann wünschte, daß der Unterschiedsbetrag zwischen Arbeitsverdienst und Entschädigung vom Ortsausschuß getragen werde. Diese Angelegenheit wurde dem Vorstand überwiesen.

Zum Schluß machte Genosse Freitag davon Mitteilung, daß der Vorstand eine Neuregelung der Gehälter vorgenommen hat.

Tarifabschluß in der Dresdner Wäschekonfektion

Langfristig abgeschlossene Tarifverträge sind in Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit eine oft unerträgliche Fessel für die Arbeiterschaft. Davon könnten die Dresdner Wäschenähterinnen ein Lied singen. Die an und für sich gering bezahlten Arbeiterinnen mußten unter der Unkündbarkeit des Tarifs bis 1. Dezember besondere Entbehrungen auf sich nehmen. Die Verhandlungen über den neuen Tarifvertrag führten hinsichtlich der Entlohnung zu keinem befriedigenden Ergebnis, so daß der Schlichtungsausschuß angerufen werden mußte. Der gefällte Schiedsspruch, der Löhne von 3,25 M. im ersten Halbjahr nach vollendeter Lehrzeit bis 6,30 M. nach dem fünften Berufsjahr vorsieht, wurde von den Parteien, dem Deutschen Bekleidungsarbeiterverband und dem Arbeitgeberverband der Wäschegeschäfte und Wäscheherstellerinnen, Ortsgruppe Dresden, anerkannt. Neben der Bezahlung der gesetzlichen, in die Woche fallenden Feiertage wurden auch die Entschädigungen für Lehrlinge von wöchentlich 25 M. im ersten Halbjahr der Lehrzeit bis 60 M. im vierten Halbjahr festgelegt.

Mit der Berufswäschefabrik von Oskar Bialla wurde ebenfalls ein neuer auf Akkordarbeit aufgebauter Tarifvertrag abgeschlossen.

Leider ist die Zahl der in der gesamten Wäsche- und Schürzenbranche organisierten Heimarbeiterinnen noch nicht groß genug, um auch für diese Aermsten der Armen die dringend notwendigen Reformen durchzuführen. Es ist dringend notwendig, daß besonders alle partei- und Gewerkschaftsgenossen ihre gewerblich tätigen Frauen und Töchter der zuständigen Berufsorganisation zuführen.

Der Deutsche Hutarbeiterverband beklagt den Tod seines ersten Vorsitzenden, Fritz Siefert war am 8. Juli 1867 in Offenburg (Baden) geboren. Er erlernte das Hutmacherhandwerk. Im Jahre 1906 wurde er zum Hauptkassierer des Verbandes gewählt. Seit November 1918 war er erster Vorsitzender. Die Grippe, zu der noch eine Mittelohrentzündung kam, setzte nach kurzem Krankenlager dem Leben dieses verdienstvollen Gewerkschafters ein Ende. Er hätte noch lange der Arbeiterbewegung dienen können. Ehre seinem Andenken!

Der Verband der Berliner Metallindustriellen hat jede Lohnerhöhung für Januar abgelehnt. Mehr als 2500 Berliner Funktionäre lehnten am Dienstag den Vorschlag der Industriellen, die Dezemberlöhne auch für den Januar gelten zu lassen, gegen zwei Stimmen ab und beschlossen, beim Reichsarbeitsministerium die Bildung eines Schiedsgerichts zur Lösung des Konfliktes zu beantragen.

Für die bevorstehenden Verhandlungen über die Neuregelung der Beamtengehälter hat der Reichsbund höherer Beamten Vorschläge ausgearbeitet, die auf der Grundlage des Existenzminimums einen prozentual gleichmäßig gestalteten Aufbau aller Besoldungsgruppen vorsehen.

Das Ende des Berliner Autostreiks. In einer Versammlung haben gestern die Kraftdroschkenbesitzer den Beschluß gefaßt, den siebzehntägigen Streik zu beenden und die Arbeit heute wieder aufzunehmen.

Vereinigte Dresdner Arbeiterjugend

Gruppe Bogdorf. Die Jahreshauptversammlung findet nicht Mittwoch den 4., sondern Freitag den 6. Januar, abends 8 Uhr, in der Brauerei Reichenberg statt. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Briefkasten

Studentische Arbeiterkurse. Schreiben Sie an den Vorsitzenden der studentischen Hochschulkurse, Technische Hochschule, Dresden-A., Bismarckplatz.

E. S. Adoption ist möglich. Sie brauchen dazu eine beglaubigte Genehmigung der Mutter oder des Vormundes des Kindes. Sie gehen dann am besten mit Ihrer Frau zur Vormundschaftsbehörde beim Amtsgericht und erledigen dort die übrigen Formalitäten.

R. K. 100. 1. Der Unternehmer muß einen erkrankten Arbeiter wieder einstellen, wenn die Krankheit nicht von erheblicher Dauer war und dem Arbeiter nicht gekündigt worden ist. 2. Nein. Ein Arbeiter hat von dem Unternehmer, in dessen Betrieb er verunglückte, rechtlich keine dauernde Anstellung zu fordern.

Quittung. Für den Gemeinderatswahlfonds des 4. Unterbezirks gingen ein: Von O. U. 1000 M. Willy Kupfer.

Verantw. für den redakt. Teil Edgar Hahnewald, Dresden-A., für den Inseratenteil Max Seifert, Dresden-Gruna. Druck und Verlag: Kaden u. Komp., Dresden.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19220104/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Aus dem Wirtschaftsleben

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 23. Dezember 1921 hatte sich der Banknotenumlauf um 4,4277 Milliarden Mark auf 108,0056 Milliarden Mark vermehrt, während der Umlauf an Darlehnskassenscheinen um 3,829 Milliarden Mark auf 7,9622 Milliarden Mark angewachsen war, abgesehen von dem Notgeld der Städte, Bezirke usw. Im ganzen betrug der Umlauf an papiernen Zahlungsmitteln etwa 117 Milliarden Mark. Ende Dezember 1920 betrug der Zahlungsmittelumlauf in Deutschland 80,866 Milliarden Mark.

Der Umlauf von papiernen Zahlungsmitteln

hat also im ganzen Jahre 1921 um zirka 45 Prozent zugenommen. Dabei ist interessant, daß in der ersten Hälfte des Jahres, während der Stand der deutschen Mark sich ziemlich auf gleicher Höhe hielt, nur eine geringfügige Zunahme der papiernen Zahlungsmittel stattgefunden hat. Von Ende Dezember 1920 bis Juni 1921 hatte sich der Papiergeldumlauf nur um etwa 5 Prozent, auf etwa 84 Milliarden Mark, vermehrt. Bis zum August war im ganzen eine Vermehrung um 10 Prozent auf 88 Milliarden Mark eingetreten, seit dem August aber hat eine Vermehrung des Papiergeldumlaufs von 88 auf 117 Milliarden Mark stattgefunden. Von der Gesamtzunahme von 45 Prozent entfallen auf die Monate von August bis Dezember etwa 35 Prozent. Die rapide Zunahme des Notenumlaufs in den letzten Monaten ist zurückzuführen einmal darauf, daß das Deutsche Reich Noten drucken mußte, um Devisen für Reparationszwecke kaufen zu können, außerdem hat der schnelle Fall unsrer Valuta den Bedarf der deutschen Volkswirtschaft an Zahlungsmitteln erhöht. Die Gestaltung des Papiergeldumlaufs im vergangenen Jahre zeigt recht deutlich, wie falsch die Annahme ist, daß die reichliche Benutzung der Notenpresse durch die deutsche Regierung an dem schlechten Stand unsrer Valuta schuld sei. Die Dinge liegen umgekehrt. Wenn die Valuta so schnell sinkt wie in den letzten Monaten, so hat dieser Sturz eine starke Vermehrung unsres Notenumlaufs zur Folge.

Die deutsche Steinkohlenproduktion

betrug nach den letzten vorliegenden Zahlen in den Monaten Januar bis November 124,29 Millionen Tonnen gegen 110,42 Millionen Tonnen in der gleichen Zeit des Vorjahres und 159,51 Millionen Tonnen von Januar bis November 1913. Die Zahlen zeigen, daß in Deutschland im vergangenen Jahre die Steinkohlenproduktion nur in sehr bescheidenem Umfange gestiegen ist. So ist es kein Wunder, daß wir jetzt, wo unsre Industrie infolge der Hochkonjunktur einen großen Kohlenbedarf hat, wieder empfindlich unter dem Mangel an Steinkohle leidet. Günstiger stehen freilich die Dinge bei der Braunkohle, die aber in vielen Fällen die Steinkohle nicht zu ersetzen vermag. Die Braunkohlenproduktion belief sich von Januar bis November auf 111,97 Millionen Tonnen, gegen 101,52 Mill. Tonnen im Vorjahr und 79,74 Mill. Tonnen im Jahre 1913. An Braunkohlenbriketten wurden in den 11 Monaten Januar bis November 1921 hergestellt 26,26 Millionen Tonnen, gegen 22,19 Millionen Tonnen in der gleichen Zeit des Vorjahres und 19,68 Millionen Tonnen im Jahre 1913.

Während wir in Deutschland noch mit Kohlenmangel zu kämpfen haben, ist

das Angebot auf dem Weltkohlenmarkt

außerordentlich groß, weil die ganze Welt außerhalb Deutschlands in den letzten Monaten unter schlechter Konjunktur litt und infolgedessen die Kohlenproduktion stark zurückgegangen ist. Nach Feststellung des Washingtoner geologischen Ueberwachungsamtes hat sich die Welterzeugung an Kohle im laufenden Jahre so vermindert, daß sie etwa nur die Höhe des Jahres 1909, eine Jahreserzeugung von rund 1100 Millionen Tonnen, erreichen wird. Einen starken Ausfall hat der dreimonatige englische Bergarbeiterstreik mit einem Verlust von rund 55 Millionen Tonnen gebracht. In Amerika sind in dem ersten Dreivierteljahr 1920 rund 436 Millionen Tonnen gefördert worden. In dem gleichen Zeitraum 1921 aber nur 366,5 Millionen Tonnen. Die amerikanische Kohlenausfuhr ist stark zurückgegangen, um 6,9 Millionen Tonnen, das sind 22,7 Prozent gegenüber dem ersten Dreivierteljahr 1921. In England liegen ganze Grubenbezirke still, weil wegen der hohen Inlandpreise, der schlechten Konjunktur und der zunehmenden Oelverfeuerung der Inlandabsatz stockt. Die englische Ausfuhr in Kohlen wird sich in diesem Jahre voraussichtlich auf 40 Millionen Tonnen belaufen, während England 1913 etwa 73,5 Millionen Tonnen ausführte. Die englischen Kohlenlieferungen an Frankreich, Italien und Belgien sind im Vergleich zur Vorkriegszeit stark zurückgegangen. Augenblicklich überschwemmt England den Norden Frankreichs mit seinen Kohlen, die die französischen Grubenpreise fühlbar unterbieten und dadurch den französischen Markt in Verwirrung bringen. Die Zustände auf dem Kohlenmarkt zeigen so recht deutlich den wirtschaftlichen Widersinn des Versailler Vertrages. Unsre ganze wirtschaftliche Leistungsfähigkeit wird durch den Kohlenmangel beeinträchtigt, und es wird uns dadurch schwer gemacht, unsre Verpflichtungen, die uns durch den Friedensvertrag auferlegt worden sind, zu erfüllen. Gleichzeitig aber leidet die übrige Welt unter Kohlenüberfluß.

Es ist bereits berichtet worden, daß im November 1921 die deutsche Einfuhr im Vergleich zum Oktober stark zurückgegangen war. Der Hauptteil der deutschen Einfuhr wird gebildet durch

Nahrungs- und Genußmittel

Von den 12 277,684 Millionen Mark der deutschen Einfuhr entfielen 3647,568 Millionen Mark auf Nahrungs- und Genußmittel. Im Oktober 1921 waren für 3829,116 Millionen Mark Nahrungs- und Genußmittel eingeführt worden. Aus der Tatsache, daß Nahrungs- und Genußmittel einen so überwiegenden Anteil an der deutschen Einfuhr haben, ergibt sich, wie wichtig für die ganze Gestaltung unsrer Handelsbilanz wäre, wenn es gelänge, möglichst bald den Ertrag unsres Bodens zu erhöhen.

Darüber, wie sich die Lage in unsrer Industrie in diesem Jahre gestalten wird, herrscht heute noch große Unklarheit. Werden doch unsre wirtschaftlichen Verhältnisse in sehr hohem Maße von den Devisenkursen abhängen. Auf

dem Eisen- und Stahlmarkt

hat bisher der Kurssturz der Devisen nur eine Wirkung auf die Schrotpreise ausgeübt. Die Preise für Kernschrot sind von dem höchsten Stand von etwa 3800 M. pro Tonne wieder auf etwa 2000 M. zurückgegangen. Abgesehen vom Schrotmarkt sind bisher auf dem Eisenmarkt weder bei den Rohstoffen, noch bei Fertigeisen deutliche Anzeichen eines Konjunkturumschwunges zu erkennen gewesen. Viele neue Abschlüsse sind allerdings in den letzten Monaten nicht zustande gekommen. Die Verbraucher zeigen keine Neigung, bei den derartigen unklaren Verhältnissen größere Aufträge für spätere Lieferungen zu erteilen. Die Werke sind aber zunächst noch für Monate mit Aufträgen überhäuft. Vorläufig herrscht noch immer starke Materialknappheit und die Anforderungen der inländischen Verbraucher können von den Werken noch immer nicht voll erfüllt werden. Die Rohstoffversorgung der Eisenwerke ist sehr schwierig, zumal ihnen bei dem Bezug von Koks starke Beschränkungen auferlegt worden sind.

Auf dem Ledermarkt

hat der Devisensturz zunächst einen Konjunkturumschwung gebracht; trotzdem die Fabrikanten die Preise ermäßigt haben, ist es doch zu rechten Umsätzen kaum gekommen. Die früher gekauften Mengen an Leder wurden zwar abgenommen, aber die Lieferungen neigen ihrem Ende zu und es droht ein allgemeiner Geschäftsstillstand. Nur kleine Mengen in Bodenleder für Zwecke der Besohlanstalten und der handwerksmäßigen Schuhmacherei sind auf Grund neuer Preise auf den Markt gekommen. Hier sind die Preise etwa um 40 bis 60 Mark pro Kilo niedriger als Ende November. Man erwartet jedoch, wie in einer Zuschrift an die Deutsche Tageszeitung ausgeführt wird, daß die Unterbrechung des Geschäftes nicht lange anhalten wird. Es sei jetzt die Jahreszeit des größten Lederverbrauchs. Außerdem hätten sich infolge der hohen Preise der letzten Zeit weder der Großnoch der Kleinhandel noch die Groß- und Kleinverbraucher nennenswerte Vorräte hingelegt.

Sehr oft wird von kapitalistischer Seite die Behauptung aufgestellt, daß trotz allen Dividendenerhöhungen die armen Aktionäre große Verluste erlitten, weil die Aktiendividenden noch nicht entfernt der Geldentwertung entsprechend gestiegen wären. Diese Behauptung scheint bestätigt zu werden durch eine im dritten Vierteljahrsheft 1921 zur Statistik des Deutschen Reiches enthaltene Aufstellung über

die Dividende der Aktiengesellschaften

in den Jahren 1907 bis 1919. Danach betrugen im Durchschnitt die Dividenden der Aktiengesellschaften im Geschäftsjahr 1907/08 8,07 Prozent. Am höchsten stand die Dividende im Jahre 1917/18 mit 10,13 Prozent, im Jahre 1918/19 betrug sie nur 8,07 Prozent. Diese Statistik ist völlig irreführend, denn der Gewinn, den die Aktionäre von ihren Gesellschaften erhalten, besteht ja nicht nur in der Dividende. Da unsre Aktiengesellschaften sich häufig genierten, ihre Riesengewinne in der Dividende zum Ausdruck kommen zu lassen, hat man allerhand andre Mittel angewandt, um die hohen Erträge der Gesellschaft auszuschütten. Man gab den Aktionären Gratisaktien oder überließ ihnen neue Aktien weit unter ihrem wirklichen Wert. Ein solches Geschenk soll z. B. jetzt wieder den Aktionären der H. Scheidemandel A.-G. für chemische Produkte gemacht werden. In der letzten Aufsichtsratssitzung wurde mitgeteilt, daß voraussichtlich für das vergangene Jahr eine Dividende von 40 Prozent gegen 30 Prozent im Vorjahr verteilt werden würde. Das Aktienkapital der Gesellschaft soll von 21 Millionen Mark auf 50 Millionen Mark erhöht werden. Dabei sollen die Aktionäre auf je zwei alte Aktien eine neue Aktie zum Kurse von 300 Prozent erhalten. Bei der hohen Dividende, die die Scheidemandel A.-G. verteilt, ist der Wert der Aktien tatsächlich viel höher als 300 Prozent, so daß der Bezug der neuen Aktie für die alten Aktionäre ein sehr gutes Geschäft sein wird.

Scharfe Maßnahmen hat man jetzt in Oesterreich

zur Erfassung der Devisen

ergriffen. Alle juristischen und physischen Personen sollen verpflichtet sein, alle ausländischen Zahlungsmittel, Devisen und Auslandguthaben, die sie heute besitzen, und die sofort oder innerhalb vier Wochen fällig sind, spätestens am 31. Dezember beim zuständigen Steueramt anzumelden. Die Nichtbefolgung soll mit strengen Strafen, eventuell schwerem Kerker bis zu 10 Jahren, und Verfall der verschwiegenen Bestände bestraft werden. Eine Anforderung oder Beschlagnahme soll nicht erfolgen. Aber denjenigen, die ihre Bestände ordnungsgemäß anmelden und sie dem Staate bis 14. Januar in ihrer Wahl gegen zehnjährige fünfprozentige auf die angemeldete oder eine vom Finanzministerium zu bestimmende wertbeständige ausländische Währung lautende oder gegen zehnjährige fünfprozentige auf Kronen lautende Obligationen zur Verfügung stellen, wird eine weitgehende Amnestie versprochen, die sich auf Uebertretung der Devisenordnung und die Hinterziehung von Steuern, Gebühren und der Vermögensabgabe bezieht und auch die nachträgliche Erhebung von Steuern, Gebühren und der Vermögensabgabe ausschließt. Ein Zwang zur Ablieferung der Devisen liegt also nur für diejenigen vor, die sich auf dem Wege der Anmeldung und Ablieferung die Amnestie sichern wollen. Es wird sich zeigen, ob das neue Gesetz die Wirkung haben wird, daß tatsächlich dem Staat erhebliche Mengen an Devisen zur Verfügung gestellt werden.

Gleichzeitig ist auch eine Verordnung in Kraft getreten, die bestimmt, daß Mitglieder der Devisenzentrale Zahlungsmittel an Nichtmitglieder nur abgeben dürfen zur Bezahlung von bereits eingeführten oder innerhalb sechs Monaten einzuführenden ausländischen oder Transitwaren. Ferner für Reisezwecke bis zum Gegenwert von 500 000 Kronen. In diesem Falle jedoch nur, wenn der Bewerber mit der Steuerzahlung nicht im Rückstand ist. Auf der Börse darf der Verkauf ausländischer Zahlungsmittel nur an die Mitglieder der Devisenzentrale erfolgen. Durch diese Bestimmungen soll die Devisenspekulation möglichst eingeschränkt werden, und sie haben zunächst die Wirkung gehabt, daß die Wechselkurse sanken. Die Dollarkurse wichen etwa bis auf 5000 Kronen, während der Höchstkurs im November etwa 8000 Kronen betragen hat.

Stark beschäftigt ist gegenwärtig

die österreichische Maschinenindustrie,

die viel für die Ausfuhr arbeitet. Die Lokomotiven und Waggonfabriken haben in diesem Jahre eine Erzeugung zu verzeichnen, wie selten zuvor. Dank dem schlechten Stand der Krone sind sie auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig. Die Elektroindustrie ist stark beschäftigt durch die schnell vorwärtsschreitende Elektrisierung der Staatsbahnen und den Bau neuer Kraftwerke. Sehr gehoben hat sich der Absatz landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte, sowohl im Inland als auch im Ausland. Zwischen Oesterreich und Rußland wird gegenwärtig wegen des Abschlusses eines Handelsvertrages verhandelt. In Rußland besteht eine lebhafte Nachfrage nach kleinen Maschinen für den Haus- und landwirtschaftlichen und gewerblichen Verbrauch. Die starke Beschäftigung der österreichischen Industrie ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß die deutsche Industrie zur Befriedigung des inländischen Bedarfs sehr stark beschäftigt ist. Die österreichische Industrie hat allerdings Schwierigkeiten bei der Eisenbeschaffung. Die einheimische Eisenindustrie kann den Eisenbedarf nicht befriedigen, und es müssen daher große Mengen Eisen aus der Tschecho-Slowakei und Deutschland bezogen werden, die sich bei dem schlechten Stand der Krone recht teuer stellen. Die österreichischen Maschinenfabriken versprechen sich ein längeres Anhalten der lebhaften Ausfuhr nach den Ländern des nahen Ostens, weil dort der Eifer sehr groß ist, eine nationale Industrie ins Leben zu rufen.

Tagung der Bauarbeiterjugend

Der Jugendtag des Deutschen Bauarbeiterverbandes, der am 28. und 29. Dezember in Leipzig abgehalten wurde, war von 51 Delegierten beschickt, von denen 31 noch nicht 18 Jahre alt waren. Ellinger, Hamburg, berichtete über die Entwicklung und den Stand der Jugendbewegung im allgemeinen und der Jugendarbeit des Bauarbeiterverbandes im besonderen. Der Verband hat seine Jugendabteilungen im Jahre 1913 gegründet. Sie konnten sich leider wegen des Krieges nicht günstig entwickeln. 1918 löste der Verbandsvorstand die alten Abteilungen auf und gliederte die jugendlichen Mitglieder fest in den Verband ein. Die Zahl der jugendlichen Verbandsmitglieder wuchs dann auf über 6000 im Herbst 1921. Trotzdem sind nur etwa 37 Proz. der Lehrlinge und jugendlichen Bauarbeiter organisiert. Von 752 Vereinen des Verbandes hatten nur 110 Jugendabteilungen gegründet. Das Unternehmertum setzt der Organisierung der Lehrlinge vielfach Widerstand entgegen, obwohl dies mit der Reichsverfassung in Widerspruch steht. Ellinger kündigte an, daß der Verband gegen Unternehmer, die den Lehrlingen ihr Koalitionsrecht rauben wollen, den schärfsten Kampf aufnehmen werde.

Für den Neuaufbau der Jugendabteilungen legte der Verbandsvorstand dem Jugendtag Richtlinien vor, die von Ellinger eingehend besprochen und schließlich angenommen wurden. Nach den Richtlinien sind in jedem Verein mit mindestens zehn Lehrlingen oder jugendlichen Arbeitern Jugendabteilungen zu errichten. Alle Abteilungen zusammen sollen die Reichsjugendabteilung des Verbandes bilden. Die Anstellung eines Jugendsekretärs zur Leitung der Reichsjugendabteilung, ferner die Herausgabe einer Jugendzeitung zum Grundstein ist in den Richtlinien vorgesehen.

Am zweiten Sitzungstage beschäftigte sich die Konferenz mit den Lehrlingsverhältnissen im Baugewerbe. Der Referent Dahnke, Hamburg, schilderte den derzeitigen gesetzlichen Stand der Lehrlingsfrage und die Bemühungen der Bauarbeiterverbände um die Hebung der Lehrlingslöhne sowie um die tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Der Referent forderte die Anerkennung der Lehrlinge als Arbeitnehmer im Sinne der Gewerbeordnung und im Zusammenhang damit die tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse für die Lehrlinge, ferner die Aufhebung der rückständigen Bestimmungen der Gewerbeordnung und die Reform des Lehrlingswesens. Von den Jugendlichen sprach als zweiter Referent dieser Frage Bornhauser, Freiburg. Er forderte ebenfalls eine Aenderung der gesetzlichen Bestimmungen über das Lehrlingswesen. In der Aussprache wurde betont, daß die Gesellen die Pflicht haben, sich der Lehrlinge mehr anzunehmen als bisher. Die Konferenz nahm zu diesem Punkt mehrere Anträge an, die der Verbandsvorstand noch im einzelnen formulieren und kräftig vertreten soll.

Der Jugendtag nahm dann noch einen sehr interessanten Vortrag von Niendorf, Frankfurt a. M., über die Bildungsarbeit unter der Bauarbeiterjugend entgegen, an den sich ebenfalls noch eine kurze Aussprache anschloß. Als Vertretung der Jugendlichen auf dem kommenden Verbandstage wurden von der Konferenz im Einvernehmen mit dem Verbandsvorstand drei Jugendkollegen gewählt.

Der Jugendtag ist in schönster Harmonie verlaufen. Der Verbandsvorsitzende Paeplow überließ während des größten Teils der Tagung die Leitung den Jugendlichen selbst. Es ist zu hoffen, daß diese erste Tagung der Bauarbeiterjugend die Jugendbewegung im Baugewerbe kräftig vorwärts bringen wird.

Sport • Spiel • Körperpflege

Arbeiter-Turn- und Sportbund

Dresden-Löbtau. Abteilung für Schwerathletik. Donnerstag den 5. Januar, abends 7½ Uhr, Jahresversammlung der Abteilung. Wichtige Tagesordnung. Neuwahl der Abteilungsleitung. Die Versammlung findet in Jerges Restaurant zur Post, Schillingplatz, statt.

Freier Turn- und Sportverein, Dresden-A. Technischer Ausschuß. Freitag den 6. Januar Sitzung nach dem Turnen im Restaurant Falkenbrücke, Falkenstraße.

Turnerschaft der Löbnisportschaften, Abteilung Kötzschenbroda. Freitag den 6. Januar, 7½ Uhr, Abteilungs-Generalversammlung im Dampfschiff-Restaurant. Das Turnen fällt an diesem Tage aus.

Turnverein Kaitz. Sonntag den 8. Januar, nachmittags 2 Uhr, Generalversammlung im Gasthof. — Sonnabend den 14. Januar Winterveranstaltung ebenfalls im Gasthof.

Vereinigte Turner und Sänger, Uebigau. Freitag den 6. Januar, 7 Uhr, Jubiläumsabend unsres Vorsitzenden Hermann Wenzel im Gasthof Uebigau. — Sonntag den 8. Januar, 2½ Uhr, Vorturner-Hauptsitzung im Restaurant zur Kette. — Sonntag den 15. Januar, 3 Uhr, Generalversammlung im Restaurant zur Linde-schänke.

2. Bezirk. Achtung, Gruppen- und Vereinsspielleiter! Da zum Bundesfest die Bundesmeisterschaft im Barlauf ausgetragen wird, beschloß die letzte Bezirksspielausschußsitzung: Barlauffpiele um die Bezirksmeisterschaft durch den Bezirk austragen zu lassen. Meldeschluß am 18. Januar. Meldungen sind an den Bezirksspielleiter Willi Graf, Dresden-N., Hans-Sachs-Straße 25, 1., zu senden. Bedingung: Es sollen nur Mannschaften teilnehmen, die auf eigne Kosten den Bezirk bei den Spielen um die Bundesmeisterschaft vertreten wollen. — Vereine, in denen Barlaufmannschaften bestehen, müssen unverzüglich Stellung dazu nehmen. Meldet beizeiten. Nachmeldungen werden keine angenommen.

Heidegruppe. Freie Turnerschaft Weixdorf. Freitag den 6. Januar, abends 7½ Uhr, Generalversammlung im Heiteren Blick.

Gorbitz. Sonnabend den 7. Januar Wanderabend nach Pennrich. Anmarsch 7 Uhr von Milkes. Sonntag den 8. Januar, nachmittags 1½ Uhr, Generalversammlung bei Milkes.

Freier Turn- und Sportverein Dresden-Neustadt. Sonntag den 8. Januar, nachmittags 3 Uhr, Jahreshauptversammlung im Priesnitzbad. Zu dieser wichtigen Versammlung hat alles pünktlich zu erscheinen.

Freie Wassersport-Vereinigung, 4. Kreis vom Arbeiter-Turn- und Sportbund. Achtung, Verwaltungsschule! Freitag den 6. Januar: Beginn des ersten Kursusabend mit dem Referat: Entstehung und Entwicklung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes, Genosse Hugo Rüngel. Die Meldungen zu diesem Kursus sind sehr zahlreich eingelaufen. Sorgt nun für pünktlichen und regelmäßigen Besuch. Beginn 7½ Uhr im Volkshaus, Zimmer 3. Die Gruppenleiter haben dafür zu sorgen, daß die Gemeldeten in den Uebungsstunden verständigt werden.

Kreisvertreter der Wassersportler. 7. und 8. Januar Bezirksvertreterkonferenz im Volkshaus.

Verein für volkstümlichen Wassersport. Sonnabend den 7. Januar, abends 7 Uhr, Gesamtvorstandssitzung in der Falkenecke.

1. Dresdner Kraft-Sportverein Sandow. Sonntag den 8. Januar, nachmittags 1½ Uhr, Generalversammlung im Gasthaus zur Eiche, Große Plauensche Straße 34.

Aus aller Welt

Tunneleinsturz bei Belfort

Paris, 2. Januar. Der Tunnel zwischen den Stationen Plombières und Ile sur le Doubs an der Linie Besançon—Belfort ist eingestürzt. Der Einsturz erfolgte in dem Augenblick, in dem der Lyon-Straßburger Expreßzug in den Tunnel einfahren wollte. Doch gelang es der Geistesgegenwart des Lokomotivführers, den Zug noch rechtzeitig zum Stehen zu bringen, so daß ein Unfall verhütet wurde.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19220104/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG